

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Bezahlungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierzeilige Beizeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21.

Freitag den 25 Januar 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Jeder aus dem Volk,

der einverstanden ist mit energischem Protest gegen Kleinregiererei und Zirkulars, gegen Sonnenpolitik und Kolonialkriege, gegen die künstliche Kohlen-, Brod- und Fleischvertheuerung, gegen Junkerpolitik und Volks-Ausbeutung, gegen jede Unterdrückung der freien Meinung und des freien Wortes — der lese nicht nur selbst das Organ der Sozialdemokratischen Partei, sondern führe ihm auch ständig neue Leser zu.

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 23. Januar 1901.

Der Reichstag ehrte in seiner heutigen Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken der Königin Victoria von England durch Erheben von den Plätzen, nachdem der Reichskanzler Graf Bülow und der Präsident Graf Ballestrin die Verstorbene in warmer Weise gedacht hatten. Dann trat man die Beratung der Anträge ein, die in Hinblick auf die Wohnungsnot von verschiedenen Parteien gestellt sind. Der sozialdemokratische Antrag Albrecht fordert Klipp und klar Vorlegung eines Wohnungsgesetzes, Einführung einer Wohnungsinspektion, Schaffung eines Reichswohnungsamtes. Der national-liberale Antrag (Dr. Hieber u. Gen.) verlangt die Bildung einer Wohnungskommission, die zunächst eine Enquete veranstalten und dann Vorschläge machen soll. Der freisinnige Antrag Schrader-Edardt verlangt ebenfalls die Einsetzung einer Kommission, spricht sich aber über die derselben zuzumachenden Aufgaben in gänzlich unverständlichen Ausdrücken aus. Den national-liberalen Antrag begrüßte der Württemberg. Dr. Hieber, einer der sozialpolitisch etwas fortgeschrittenen Abgeordneten seiner Fraktion, der daneben aber stark agrarisch schillert: immerhin erklärte er, daß man die Regelung der Wohnungsfrage nicht zu Einschränkungen der Freizügigkeit mißbrauchen dürfe. Recht matt begründete den matten Freisinnsantrag der Rittermann Schrader. Um so energischer beleuchtete der Redner der sozialdemokratischen Fraktion Schmidt-Frankfurt, das Wohnungselend und entwickelte in großen Zügen das Bild einer durchgreifenden Reform, soweit sie auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung möglich ist. Der Staatssekretär Graf Pobjanowsky gab im Namen des Reichskanzlers eine Erklärung ab, deren kurzer Sinn der war, daß die Sache den Einzelstaaten überlassen bleiben muß. Darob großer Jubel auf der Rechten, als deren Redner der Konservative v. Richtigshofen, der das bekannte Lied von der ländlichen Unschuld sang, und der Reichsparteiler Stöckmann auftraten. Im Uebrigen schleppte sich die Debatte, der ja mit der Erklärung des Staatssekretärs Stoff und Kraft genommen war, mühsam dahin; doch brachte am Schluß der Sitzung Genosse Stolle durch werthvolle Nachträge zu den Ausführungen Schmidts wieder Leben in die Erörterung — die Debatte kam heute nicht zu Ende; es wurde — entgegen den Wünschen des Präsidenten, der Schluß machen wollte — ein Vertagungsantrag angenommen. Morgen stehen eine die Postverwaltung betreffende polnische Interpellation Gledick; die Vorlage über Versorgung der Hinterbliebenen der China-Krieger, sowie der Etat des Reichsamts des Innern auf der Tagesordnung.

31. Sitzung, Mittags 1 Uhr

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Graf v. Bülow.

Präsident Graf Ballestrin: Die Sitzung ist eröffnet.

Reichskanzler Graf v. Bülow: Meine Herren! Nach einer 63jährigen Regierung ist Ihre Majestät die Königin Victoria von England im 82. Lebensjahre zur ewigen Ruhe eingegangen. Während ihrer langen Regierungszeit ist Königin Victoria immer bestrahlt gewesen, ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und England zu pflegen. Nicht nur die vielen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen unserem Kaiser und dem englischen Königshause, sondern auch die mannigfachen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Interessen, welche Deutschland und England verbinden, lassen uns aufrichtigen Anteil nehmen an der Trauer des britischen Volkes um seine ehrwürdige Herrscherin. Ich bin gewiß, daß ich mich mit den Empfindungen dieses hohen Hauses beuge, wenn ich dieser Theilnahme hier Ausdruck verleibe.

Präs. Graf Ballestrin: Im Anschluß an die Trauerbotschaft, welche uns Joeben der Herr Reichskanzler mitgeteilt hat, nehmen auch wir vollen Anteil an dieser tief erregenden Trauerkunde. Ich konstatire, daß der Reichstag das Gedächtnis der erhabenen verstorbenen Kaiserin stets in höchsten Ehren halten wird und an der Trauer herzlichen Anteil nimmt. Ich bitte, mich zu ermächtigen, diese Kundgebung Er. Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich im Namen des Reichstages auszusprechen. Ich stelle dies als Beschluß des Reichstages fest.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge der Abgg. Dr. Hieber (N.) und Gen. und der Abgg. Schrader (F.) und Edardt (libd. Sp.) auf Einsetzung einer Kommission, bestehend aus Beamten, Mitgliedern des Reichstages und Anderen in der Wohnungsfrage thätigen Männern, welche eine Prüfung der bestehenden Wohnungsverhältnisse vorzunehmen hat, über das Ergebnis der Prüfung Bericht zu erstatten und Vorschläge darüber zu machen hat, in welcher Weise ein Eingreifen des Reiches und der Kommune zur Beseitigung der Wohnungsnot angezeigt ist.

Ein Antrag Albrecht (S.) und Gen. fordert von den verbündeten Regierungen baldige Vorlage eines Gesetzesentwurfes betr. Regelung des Wohnungswesens, insbesondere Normativbestimmungen bezüglich der Beschaffenheit der Wohnungen und der Durchführung der Wohnungsinpektion, sowie Schaffung eines Reichswohnungsamtes.

Zur Begründung seines Antrages erhält das Wort

Dr. Hieber (N.): Unter der Wohnungsnot haben die Arbeiter und kleinen Beamten am meisten zu leiden. Die Arbeiter sind gezwungen, immer weiter weg von der Arbeitsstätte zu wohnen und dadurch wird ihnen ihre Erholungszeit erheblich verkürzt. Besonders trüb ist die Wohnungsnot in den letzten Monaten in Berlin aufgetreten, wo ganze Familien auf die Straße geworfen waren. Einzelne Staaten haben bereits Mittel zum Bau von kleinen Wohnungen bewilligt, ebenso viele Gemeinden. Aber die einzelstaatliche und kommunale Fürsorge hat ihre Grenzen und deshalb muß das Reich sich dieser wichtigen Materie annehmen. Worte sind über diese Frage genug gesprochen, wir wollen nun endlich Thatsachen sehen. Die Kompetenz des Reiches kann nicht angezweifelt werden. Eine Beschränkung der Freizügigkeit fürchten wir nicht daraus, wenn das Reich die Wohnungsreform in die Hand nimmt. Jedenfalls würden wir unsere Hand zur Beschränkung der Freizügigkeit niemals bieten.

Schmidt-Frankfurt (S.): Die Wohnungsnot hängt zusammen mit den gegenwärtigen Grundbesitzverhältnissen und kann daher erst in einer anderen Gesellschaftsordnung endgültig beseitigt werden. Trotzdem dringen wir schon jetzt darauf, daß möglichst viel zur Linderung der Wohnungsnot geschieht. An der Wohnungsnot ist schuld einmal der große Wohnungsmangel und zweitens die Mangelhaftigkeit der vorhandenen Wohnungen. Der Wohnungsmangel ist nicht allein durch die Entwicklung der Industrie sondern auch zum großen Theil dadurch verursacht, daß nicht genügend für den Erlaß niedrigerer Wohnungen gesorgt wird, und daß das Bauen neuer Wohnungen der Privatthätigkeit überlassen wird. Ueber die ungelunden Zustände in den Wohnungen hat der Frankfurter Mieterverein 1897 eine Untersuchung angestellt, die ein sehr trauriges Bild ergeben hat. Luft- und Lichtverhältnisse erwiesen sich als durchaus ungenügend. Auch auf dem Lande sind die Wohnungsverhältnisse außerordentlich traurig. Besonders schlimm sind die Zustände im Osten, und hierdurch wird nicht zum kleinsten Theil das Zustromen der ländlichen Arbeiter nach den großen Städten bedingt. — Freiherr v. d. Goltz in Ströbungen hat in seiner Schrift zur Reichswohnungreform nachgewiesen, daß nur in ganz wenigen Bundesstaaten bis jetzt bestimmte Gesetze bezüglich der Wohnungsinpektion bestehen. Herr v. d. Goltz kommt in seiner Schrift zu dem Ergebnis, daß nur durch das Reich auf diesem Gebiete Normativbestimmungen geschaffen werden können. Das Reichswohnungsgesetz dürfe nicht schablonenhaft sein, müsse aber die Forderungen enthalten, die mit Rücksicht auf die Volksgesundheit erfüllt werden müssen. Herr v. d. Goltz verlangt neben einem Reichswohnungsamte eine Reichswohnungskommission, welche letztere zu ein Drittel von der Gemeindevertretung gewählt werden soll. Dagegen wenden wir uns entschieden, denn es würden dadurch Leute in die Kommission kommen, die selbst Hausbesitzer sind und also kein Interesse an der Verbesserung und Verbilligung der Wohnungen haben. Die Errichtung von billigen Wohnungen muß in erster Linie durch die Gemeinden besorgt werden und wenn die Gemeinden dazu nicht im Stande sind, durch Staatsmittel. Die Gemeinden müssen auch angehalten werden, für entsprechenden Erlaß von Wohnungen zu sorgen, wenn sie Straßen niederlegen. Schon jetzt hat das Reich die Unterföderung des Wohnungswesens in die Hand genommen, durch Zuwendung von Darlehen aus den Versicherungskassen. Diese Darlehen dürfen aber nur wirklich gemeinnützigen Unternehmungen gegeben werden. Daß die Unternehmer selbst für Wohnungen ihrer Arbeiter sorgen, halte ich nicht für vortheilhaft, denn dadurch kommen die Arbeiter allzusehr in die Abhängigkeit der Unternehmer. Mit der Arbeit wird dann auch die Wohnung gefordert und die Arbeiter gerathen so in doppelte Noth. Mit der

Ordnung der Wohnungsverhältnisse muß auch eine Reform des Mietrechts, des Mietprozesses und der Zwangsvollstreckung Hand in Hand gehen. Das sind alles Dinge, die zur Kompetenz des Reiches gehören. Auch die Form des Enteignungsrechtes der Gemeinden macht eine Neuordnung erforderlich, vielleicht nach der „Lex Adickes“, die jetzt probeweise in Frankfurt a. M. eingeführt werden soll. Die Hauptsache ist, das Reich für diese Fragen zu interessieren. Es handelt sich hier um Kulturangaben von höchster Wichtigkeit, werthvoller und ausichtsreicher als unsere chinesischen Expeditionen. (Beif. Beifall b. d. Soz.)

Schrader (F.) begründet seinen Antrag. Die Wohnungsfrage ist eine Frage, in der alle Parteien einmütig vorgehen können. Ich hoffe, Graf Pobjanowsky wird uns heute über den Standpunkt der Regierung unterrichten, wenn die Regierung auch bisher auf unsere vorjährigen Beschlüsse nicht reagiert hat. Die Vorschläge der Sozialdemokraten und der Nationalliberalen gehen uns zu weit. Vorher müssen jedenfalls die bestehenden Wohnungsverhältnisse und die bereits eingeschlagenen Wege zur Linderung der Wohnungsnot geprüft werden.

Staatssekretär Graf Pobjanowsky giebt folgende Erklärung ab: Der Herr Reichskanzler erkennt an, daß bei den Mißständen auf dem Gebiet des Wohnungswesens besonders in den großen Industriezentren Abhilfe auf geleglicher Grundlage wünschenswerth erscheint. Da die zu ergeiffenden Maßnahmen aber hauptsächlich auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung, des Steuerwesens und der polizeilichen Befugnisse liegen und auf allen diesen Gebieten die wichtige Thätigkeit der Einzelstaaten liegt, so ist der Reichskanzler bei allem Einverständnis mit den Bestrebungen zur Bekämpfung dieser Mißstände doch der Ansicht, daß die Frage staatsrechtlich und administrativ nur durch die einzelstaatliche Verwaltung und Gesetzgebung erfolgreich gelöst werden kann. Die preussische Staatsregierung steht auf dem gleichen Standpunkte, und ist im Begriff, Verbesserungen der Wohnungsverhältnisse gesetzlich in die Wege zu leiten. Das Reich wird seinen Beamten zweckentsprechende und preiswürdige Wohnungen zu verschaffen suchen und die dafür bisher eingestellten Mittel in Zukunft noch vermehren. Auf dem Gebiet der Wohnungshygiene werden die Reichsgesundheitsräthe und das Reichsgesundheitsamt die Einzelregierungen in technischer wie wissenschaftlicher Beziehung unterstützen und so geeignete Grundlagen für die gesetzgeberische Initiative schaffen.

Dr. Jäger (S.) auf der Tribüne faßt unverständlich ist damit einverstanden, daß die Einzelstaaten die Wohnungsfrage gesetzlich regeln sollen.

Herr v. Richtigshofen (K.): Die Wohnungsreform liegt wesentlich im Interesse der Stillschickheit. Uebrigens sind die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande viel besser als in den Städten (Sehr richtig! rechts). Wie schlimm die Wohnungsverhältnisse dagegen in den Städten liegen, ist ja bekannt, eine Enquete ist hier kaum möglich. Bei der Abhilfe der Wohnungsnot darf nicht schematisch vorgegangen werden, sondern es muß auf die verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Gegenden Rücksicht genommen werden (Sehr richtig! rechts). Das Reich kann sich wegen dieser Verhältnisse nicht beteiligen, von den Einzelstaaten und Kommunen dagegen kann mehr für die Besserung der bestehenden Zustände gethan werden. (Bravo! rechts.)

Stöckmann (Sp.): Wir sind der Meinung, daß das Reich wegen seines förderativen Charakters in dieser Frage nicht kompetent ist. Wir wollten Anfangs für den Antrag Schrader stimmen, nach der Erklärung des Reichskanzlers würde das aber wie eine Demonstration ausfallen und wir werden deshalb die gesammelten Anträge ablehnen. (Bravo! rechts.)

Stolle (S.): In anderen Staaten ist in der zur Beratung stehenden Materie schon viel mehr geschehen. Eine reichsgesetzliche Regelung der Frage auch bei uns ist deshalb dringender notwendig, weil die hauptpolizeilichen Vorschriften in den einzelnen deutschen Staaten außerordentlich verschieden sind. Nur in Sachsen haben wir eine durchgreifende Baupolizeiordnung, durch die der polizeilichen Willkür ein Riegel vorgehoben ist. Unter solchen Umständen ist es dringend erforderlich, daß Normativbestimmungen getroffen werden und solche können nur vom Reich getroffen werden. Die Ausführung dieser Bestimmungen müßte genügend kontrollirt werden und deshalb verlangen wir eine Reichswohnungsinpektion. Was die einzelnen Mittel zur Abhilfe der Wohnungsnot betrifft, so glaube ich, daß die Selbsthilfe hier nicht genügt. Hier müssen Mittel des Staates und der Kommunen flüßig gemacht werden. Auch vor der Expropriation darf man nicht zurückweichen. Auch die Gemeinden müssen das Recht dazu haben. Wenn die Arbeitgeber selbst Wohnungen für ihre Arbeiter bauen, so kommen die Besten leicht in Abhängigkeit vom Arbeitgeber. Deshalb haben wir uns immer dagegen gewendet. Anders aber ist es, wenn die Gemeinde Arbeiterwohnungen baut. Etwas wirklich durchgreifendes aber kann nur geschehen, wenn der Staat helfend eingreift und daher bitte ich Sie, unsere Anträge anzunehmen. (Bravo! bei den Soz.)

Schrempp (K.): Wir haben die Erklärung des Herrn Reichskanzlers mit hoher Befriedigung vernommen und wünschen nur, daß den schönen Worten nun auch Thaten folgen. Die Wohnungsnot ist eine kommunale Frage, die Zustände in Berlin sind der Reichshauptstadt unwürdig. (Sehr richtig! rechts) Die Gründung eigener Arbeiterheime befürworte ich nicht, ein solches Heim kann dem Arbeiter oft zur Last werden. Wir können nur wünschen, daß in dem von der Reichsregierung gezeichneten Rahmen weiter gearbeitet wird. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Diskussion. Den Antragstellern stehen noch die Schlussworte zu, es wird aber ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (1. Interpellation Gledick betr. die Beförderung von Postkassen an polnisch geschriebene Adressen. 2. Rentenversorgung für die Chinafreiwilligen. 3. Fortleitung der zweiten Beratung des Reichsamts des Innern. Schluß 5¹/₂ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Braunschweig, die am gestrigen Mittwoch stattfanden, haben unsere Parteigenossen sehr gut abgeschnitten. Von den vier aufgestellten Kandidaten wurden zwei gewählt, in den beiden anderen Bezirken kommen unsere Kandidaten in Stichwahl. Bravo! Bravissimo!

Den „Kragenjammer“ des Imperialismus in England und Amerika schildert die „Kreuzzeitg.“ auf Grund der Erfahrungen im südafrikanischen Krieg und in den „Befreiungskriegen“ auf den Philippinen und auf Kuba. Das konservative Parteiorgan kommt dabei zum Schluß: „Summa Summarum: In England wie in Amerika kommt man mehr und mehr zu der Erkenntnis, daß die „imperialistische“ Politik keineswegs lauter Glück und Gloria bedeutet, sondern auch ihre unangenehmen Seiten hat.“ — Da sich der deutsche Imperialismus in nichts von seinem englischen oder amerikanischen Bruder unterscheidet, so hoffen wir, das Blatt der „kleinen, aber mächtigen Partei“ bald als Kampferoffen gegen den deutschen Imperialismus begrüßen!

Die Scharwacher-Artikel, in denen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch ein neues Sozialistengesetz aufgefordert wird, und die von Zeit zu Zeit bald in Hamburg, bald in München, bald in Breslau und auch in Berliner Blättern auftauchen, entstammen, wie der „Frankf. Btg.“ aus Berlin geschrieben wird, so ziemlich alle derselben Feder, der Feder eines ehemaligen nationalliberalen Reichstags-Abgeordneten, der von Beruf Publizist ist und der diese Art von Umsturzbestrebungen mit unermüdeter Liebe und Leidenschaft betreibt. Er hat namentlich in flüchtiger Zeit schon oft den Erfolg gehabt, daß sich die gesamte Presse wieder einmal mit einem Umsturzgesetz beschäftigte und vielleicht glücklicherweise auch jetzt wieder. Weiter steht nicht dahinter. — Gemeint ist damit der Ritter von der traurigen Gestalt, Wittger. Uebrigens ist die Bemerkung des Korrespondenten der „Frankf. Btg.“, daß hinter den Völkischen Brandartikeln „weiter nichts dahinter stecke“, wenig angebracht. Wenn große Blätter, wie die „Schles. Btg.“, die „Hamb. Nachr.“ u. s. w. immer wieder mit den Völkischen Geheerungen gespeist werden, so macht das schließlich auf die „meinungslosen“ Geheimräthe, die vielleicht nur Blätter dieser Art lesen, doch Eindruck, und sie leben schließlich in dem Wahne, große Volkstheile verlangen ein Sozialistengesetz, während es doch nur ihre bezahlte Arbeit eines ganz gewöhnlichen nationalliberalen Journalisten war.

Es hängt nicht gut an für Graf Bülow! Unter dieser Schwärze schreibt die „Frankf. Btg.“: Als er dem preussischen Abgeordnetenhause die Ehre seines einmaligen Besuches schenkte und vor ihm die eigenartige „Versöhnungsrede“ hielt, wird er sich von dieser oratorischen Leistung einen kühleren Erfolg versprochen haben. Die Kanalvorlage ist nun endlich mit altem Drumm und Dran, mit der Begründung und den Denkschriften, mit Karten und Plänen an den Bundtag gelangt, diesem aber präsentiert es mit ihrer Darstellung absolut nicht. Die Herren Abgeordneten brauchen natürlich genügende Zeit, um das große Werk eingehend studieren zu können, obgleich die Hauptpunkte ja aus früheren Sitzungen bekannt sind. Die erste Sitzung war ursprünglich für nächste Woche in Aussicht genommen, sie soll jetzt, wie die „Freis. Btg.“ berichtet, keinesfalls vor Februar stattfinden. Es beginnt also bereits die Verschiebung der Kanalvorlage. Zwar wendet sich die „Korn. Korresp.“ schon lebhaft gegen die Verzögerung der „versöhnlichen Dränger“, und sie erklärt von oben herab, Verschiebungskasch sei niemals Sache der Konservativen gewesen, aber auf so große, historisch übrigens unbegründete Worte braucht man nicht viel zu geben. Es wird kaum bezweifeln, daß die Kanalvorlage sehr wohl in der nächsten Woche zur ersten Sitzung gebracht werden könnte. Da hat man schon größere parlamentarische Kunststücke fertig gebracht, und es wäre wirklich keine Uebertreibung, sie so viel erörterte Angelegenheit 14 Tage nach Vorlegung der Entwürfe zu behandeln. Also liegt doch in der That die Vermuthung nahe, daß nicht sachliche, sondern taktische Gründe für die Verschiebung maßgebend waren. Welcher Art diese taktischen Erwägungen sind, das zu errathen fällt ebenfalls nicht schwer. Die Konservativen wollen zunächst den genaueren Preis kennen lernen, sie wollen zuvor den fertigen Politikalien in der Hand haben, ehe sie sich über den Kanal schlüssig machen. Die Herren sind aber Kesselpolitiker und sie geben nichts auf solche Nebenacten, auch das nicht, was sie der hebeschwärtigen und verführerischen Reichskanzler in Bezug macht. Folglich mag man sich schon entschließen, ebenfalls die Verschiebung der Kanalvorlage und dazwischen die Ueberführung beim Reichstag zu dulden. Es hängt wirklich nicht schon an für Graf Bülow und er wird schon genug erfahren, daß er durch jene Versöhnungsrede die angestrebten Tage seiner goldenen Ministerfreiheit gewaltig abgekürzt hat.

Die Kommission zur Beratung der Seemannsordnung steht in ihrer Arbeit-Erhörung die zu § 33 betr. die Sonntagsehe der Seeleute in der vorletzigen Sitzung gefällten Entschlüsse fest. Noch ist zweifelhafte Debatte einzuleiten bis zu letzter Sitzung: An Sonn- und Festtagen dürfen mit Weizen und Vabern, solange das Schiff im Reichgebiet im Hafen oder auf der Höhe liegt, die zur Schiffsbewegung gehörigen Mannschaften nicht beschäftigt werden. Diese Bestimmung gilt nicht für diejenige Mannschaft, welche in regelmäßiger Fahrt die Küste des Reiches besichtigt; außerdem kann die höhere Verwaltungsbehörde in Nothfällen Ausnahmen von

derselben auf jedwemaligen Antrag gestatten. Welche Behörde in jedem Bundesstaat unter der Bezeichnung „höhere Verwaltungsbehörde“ zu verstehen ist, wird von der Zentralbehörde des Bundesstaats bekannt gemacht. Als Sonn- und Festtage gelten im Inlande die von der Landesregierung, im Auslande die von der zuständigen Behörde des Siege-Ortes bestimmten Tage. Der erste Absatz des § 33 betreffend die tägliche Arbeitszeit der Seeleute im Hafen und auf der Höhe, gestaltet sich nach Ablehnung mehrerer dazu gestellter sozialdemokratischer Abänderungsanträge nach heftiger Debatte folgendermaßen: „Liegt das Schiff im Hafen oder auf der Höhe, so ist der Schiffsmann nur in dringenden Fällen schuldlos länger als 10 Stunden täglich zu arbeiten. In den Tropen wird diese Zeit auf 8 Stunden beschränkt. Bei Berechnung dieser Arbeitsdauer ist der Wachdienst in Rechnung zu bringen. Diese Vorschriften finden auf Schiffsofficiere keine Anwendung.“ Damit war endlich der § 33 fertig gestellt und alle weiteren, namentlich die Schiffsofficiere betreffenden Bestimmungen wurden für die folgenden §§ 34 und 35 vorbehalten. Bemerkenswert mag noch werden, daß einige Anträge des Abgeordneten Semler (N) abgelehnt wurden. So der, den zwölfstündigen Wachdienst nicht in die Dauer der zehn bezw. achtstündigen Arbeitszeit einzurechnen und ferner der, die achtstündige Arbeitszeit in den Tropen nur für weiße nicht aber für farbige Schiffleute gelten zu lassen.

Der Fall Bressfeld. Der konservativ-protektionistischen Presse kommt der neueste veröffentlichte Brief des Herrn Bued recht unangenehm und sie sucht ihre Verlegenheit hinter ebenso hochtrabenden wie sachlichen Redensarten zu verbergen. Ein wie vergebliches Bemühen das ist, beweist eine Auslassung der ultramontanen „Köln. Volksztg.“ in der es heißt:

So unzufrieden war er nach der Schilderung des Bued'schen Briefes mit Herrn Bressfeld. Als Bressfeld Handelsminister geworden, suchte Bued ihn alsbald auf, um ein sozialpolitisches Examen mit ihm vorzunehmen, das er glänzend bestand. Und die Erfahrung hat gelehrt, daß der Zentralverband sich in Herrn Bressfeld nicht getäuscht hat. Er arbeitete ganz im Geiste des Zentralverbandes. So unterließ er die Heranziehung der Bergarbeiter zur Bergwerksauslichtung, die den Zuchtstrahlen nicht gefiel. Er entwickelte bei der Beratung des Zuchtstrahlengesetzes, das ja, nach dem Vergehen des Verbandes war, einen solchen Charakter, daß er alle übrigen Regierungsvertreter in den Schatten stellte. Bei den Verhandlungen über die Kohlennoth haben die Grubenbesitzer keinen tüchtigeren Vertreter ihrer Interessen gefunden als den preussischen Handelsminister. Von irgend welcher nennenswerthen sozialen Reformthätigkeit des Ministers hat man nie etwas erfahren.

Das Zentrum kommt zu dem Schluß, daß sich die Regierung durch die enge Verbindung mit Herrn Bued allzu sehr bloßgestellt hat:

So ist die Sozialpolitik im Geiste des Zentralverbandes treiben will, gerath sie in den Verbach, unter seinem Einflusse zu handeln, und einen solchen Verbach zu vermeiden, ist sie ihrem eigenen Ansehen schuldig.

Und die durchaus „nationalen“ „Mensch mit Meisten Nacht“ bemerken:

Traurig wäre es, wenn ein preussischer Handelsminister im Jahre 1896 noch so rückständigen sozialpolitischen Anschauungen schuldig hätte, wie aus dem Briefe hervorzugehen scheint. Hoffen wir, daß Herr Bued die Ansichten des Ministers Bressfeld nicht genau verstanden oder wiedergegeben hat.

Herr Bued hat die Ansichten des Ministers Bressfeld sehr gut verstanden; das beweisen des Ministers „sozialpolitische“ Thesen.

Ein Gesetzentwurf zur Abänderung der Strandungsordnung ist dem Bundesrath zugegangen. Der Gesetzentwurf erhebt die Beilegung der Mißstände bei der Entfernung von Wracks, die sich besonders auf der Unterelbe derzeit entwickelt haben, daß die zumest bekannten Gegenstände zwar die leichter zu bergende und im Werthe weniger verminderte Ordnung selbst fortzuschaffen suchen, die Beilegung der schwerer fortzuschaffenden und werthloseren Wracks oder ablehnen und der Behörde überlassen. Hierdurch sind den zur Freihaltung der Fahrwasser verpflichteten Behörden außerordentlich hohe Räumungskosten erwachsen, die in dem erheblichen Maße den wegeräumten Gegenständen nur unzureichende Deckung finden. Für den Staat Hamburg haben die in den Jahren von 1891 bis 1897 in sechs Fällen erwachsenen ungedeckten Kosten rund 395 000 Mk. betragen. Vornehmlich diese Umstände haben Veranlassung gegeben, eine Umgestaltung der Beschriftung im § 25 der Strandungsordnung mit dem Ziele in Anregung zu bringen, das Einzeichnen der Behörde von den bühnenartigen beengenden Voraussetzungen unabhängig zu machen und sie zugleich in Bezug der Deckung der Räumungskosten aus den zu beilegenden Gegenständen soweit thun zu stellen, als dies mit den Interessen der Eigentümer verträglich erscheint.

Das Zentrum und die Duellfrage. Aus Anlaß der Reichstagsdebatte über die Duellfrage, die sich an den Kölner Vorfall knüpfte, findet ein Mitglied des westfälischen Adels in der „Kölnischen Volkszeitung“ scharfe Worte gegen die Militärverwaltung und verweigert sich sogar zu gefährlichen Drohungen. Wollte man nicht das gute Recht derjenigen, die sich dem Duell gegenüber ablehnend verhalten, anerkennen — und das wird sich ja aus den Maßregeln ergeben, die der Kriegsminister anläßlich des Kölner Vorgangs ergriffen oder nicht ergriffen, — so bleibt (meinte der adlige Zentrumswortführer) als ultima ratio dem Zentrum im Reichstage ja noch das Mittel, beim Militärretat ein Wortchen mitzusprechen. Es heißt einmal: „Kein König keine Kaiser!“ Beim Militärretat bieten sich Gelegenheiten genug, von dieser Weise einen innerlich weit mehr berech-

tigten Gebrauch zu machen. Die Wähler des Zentrums würden jedenfalls das schärfste Vorgehen der Zentralfraktion mit Freuden begrüßen. Und viele Officiere gleichen. Wenn so manche, namentlich katholische Officiere, unbeschadet ihrer Stellung und Beförderung frei äußern könnten, dann würde man sich wundern viele Duellgegner im Offizierkorps sind. Schlechter unerträglich wäre das Fortbestehen der Möglichkeit, ein katholischer Offizier jeden Augenblick von übelwolligen Vorgesetzten oder Kameraden vor die Wahl gestellt zu sein, den Abschied nehmen zu müssen oder gegen Ueberzeugung zu handeln oder gar zu sprechen. Braucht man dem ein für allemal nur ein Regel vorgeschrieben werden durch einen ausdrücklichen Befehl maßgebender Seite, daß ein Ehrenrath niemals ein einziges Sühnemittel eine Forderung Platz greifen darf. Verweigert einer das Duell, so muß der Ehrenrath andere Mittel haben: Bei geringfügigen Fällen Degradation des schuldigen Theils; bei schweren Fällen Degradation des schuldigen Theils; sind beide Theile schuldig, so sind beide Theile zu bestrafen. Für das ganze moralische Gefühl ist es doch eine viel reichere Sühne, wenn ein gewissenloser Beleidiger des Königs ohne weiteres ausziehen muß, als daß er, gefordert noch den unschuldigen Beleidigten über den Haufen schießt, wie das oft genug vorgekommen ist. „Vor Dank“ — so schließt die Epistel — ist in Deutschland das Zentrum nicht ohnmächtig; wenn das Blätter ärgert, die jetzt auf einmal in Romantiker gehen, so ist das ein Beweis mehr, es gut so ist. — Sehr schön, aber wird das Zentrum im Reichstage von seiner Macht den Gebrauch machen der Herr aus Westfalen ihm zuantut? Nicht Traum ist daran zu denken. Einige entrüstete Worte man wohl, damit ist man denn aber auch fertig. Das ist nicht „gut so“.

Der Majestätsbeleidigungsprozeß gegen den Berliner Rechtsanwalt und Stadtverordneten Max Marggraf, gegen den bekanntlich auf Denunziation hin die Voruntersuchung eröffnet worden war, wird nicht zur Verhandlung kommen. Nach dem dieser Angelegenheit mehrere Stadtverordnete als Zeugen vernommen worden sind — darunter der Reichstagsabgeordnete Stadthagen und der antisemitische Reichswahl Ulrich — ist jetzt der „Volksztg.“ zufolge — Verfahren eingestellt worden. Leider ist nicht möglich gewesen, die verächtlichen Urheber der Denunziation festzustellen. Professor Dr. Trummer und Professor Dr. Pentig, deren Namen unter der Angeklagten standen, haben bei ihrer Vernehmung erklärt, daß sie dem ganzen Vorfall nichts wüßten und ihre Namen mißbraucht worden seien.

Von unserem „Platz an der Sonne“. Mit berechtigtem Spott schreibt die in Singtau erscheinende „Deutsche Warte“: „Um einem dringenden Bedürfnis entsprechen, hat das Gouvernement nach einer Uebereinkunft des gestrigen Amtsblatts einen sogenannten Geburtskalender aufgestellt der zu einem erheblichen Preise von 50 Cts. in der Gouvernementsregistratur erhältlich ist. Der Kalender enthält die Geburtstage aller Officiere und Beamten des Gouvernements sowie der Gemahlinnen, der Kommandanten und I. Officiere der in den ostasiatischen Stationen beständigen Kriegsschiffe, fern einer Anzahl hier wohnender Herren und Damen. Was in dem Kalender nicht verzeichnet ist, mag sich — durch Beschluß des Gouvernements — als nicht geboren betrachtet werden. Es muß dem Gouvernement hoch angeschrieben werden, daß es zu seinen sonstigen Regierungsvorgängen noch die schwere Last übernommen hat, die mit der Aufstellung eines Geburtskalenders verbunden ist. Die wohlthätigen Folgen der Neuerung werden sich in der Kolonie bald bemerkbar machen; Handel und Industrie, Kunst und Wissenschaft, Ackerbau und Viehzucht, alles wird dank dieser Neuerung einen weiteren kräftigen Aufschwung nehmen. Wahrhaftig, es ist zu Heulen!“

„Zu jung“ In Mülhausen i. E. ist unlängst der erste Bürgermeister gestorben und der Gemeinderath mußte sich deshalb nach einem Nachfolger umsehen. Die Stimmung im städtischen Parlament war sehr zu Gunsten des 32jährigen Beigeordneten (Stadtrathes) Dr. Helmer weil er sich als sehr brauchbar erwiesen hatte und deshalb für den freigewordenen Posten des ersten Bürgermeisters sich am besten zu eignen schien. Da ließ die Regierung der Reichslande dem Gemeinderathe eine vertrauliche Mittheilung zugehen, die zugleich die versteckte Drohung enthielt, daß der „zu junge“ 32jährige Beigeordnete Dr. Helmer keinesfalls die Bestätigung der Aufsichtsbehörde erhalten würde, falls er zum ersten Bürgermeister gewählt werde. Die Wahl des Stadtoberhauptes wurde inzwischen vollzogen und ist, wie man der „Volksztg.“ schreibt, thatsächlich auf Dr. Helmer gefallen, da sich der Gemeinderath durch das staatliche Eingreifen nicht irritieren ließ. Daß die Regierung dieser Wahl die Bestätigung versagen wird, ist noch den von ihr abgegebenen bestimmten Erklärungen zweifellos. Das bisherige Verhalten des Gemeinderaths in Mülhausen läßt nicht darauf schließen, daß er zu Kreuze zu kriechen gedenkt; es scheint vielmehr, als ob er es auf einen Konflikt mit der Regierung ankommen lassen will. Hält der Gemeinderath an Dr. Helmer fest und erfolgt eine Ablehnung seitens der Regierung zum zweiten Male, so hat diese das Recht, eine ihr genehme Persönlichkeit mit der Verwaltung des Bürgermeisterpostens auf längstens ein Jahr zu betrauen. Macht auch dann der Gemeinderath Vorschläge, die von der Regierung verworfen werden, so wird der von der Regierung eingesetzte Bürgermeistereverwalter

von Jahr zu Jahr neu ernannt. So verlangt es die „Selbstverwaltung“ der Gemeinde! Die Regierung sucht übrigens ihren Standpunkt, Dr. Helmer sei für das Amt des ersten Bürgermeisters zu jung, jetzt damit zu begründen, daß bei den eigenthümlichen Verhältnissen der industriellen Bevölkerung Mülhausens an den Leiter der Stadtverwaltung ganz besondere Ansprüche gestellt werden müßten. Wahrscheinlich befürchtet man, so bezweckt dazu, jedenfalls nicht mit Unrecht, die „Volkstz.“, daß Dr. Helmer den Sozialdemokraten gegenüber nicht mit der erforderlichen „Schneidigkeit“ auftreten werde.

Kleine politische Nachrichten. Der kaiserliche Reichstagsabgeordnete Bundericher, Schleißstadt beabsichtigt nach der „Weser-Ztg.“ die Gruppe der Erbauer, der er bisher angehört, zu verlassen und dem Zentrum beizutreten. — Die Geschäftsordnungscommission des Reichstages hat den Antrag auf Strafverfolgung gegen das alldeutsche Blatt „Dien“ in München abgelehnt. — Der Reichstagskanzler beabsichtigt, monatliche Nachweise über die Lage des Kohlenmarktes, der Kohlenversorgung und über die Kohlenpreise einiger großer Städte zu veröffentlichen. Der preussische Handelsminister hat zu diesem Zweck eine Anzahl von Handelsvertretungen sowie das Aeltesten-Kollegium in Berlin ersucht, monatliche Berichte über Eingang, Verandt und Preise zu liefern. — Die für den 18. Januar in Preußen erwartete Amnestie ist zwar ausgeschlossen, doch hofft man, wie die „Berl. Wissensch. Korrespondenz“ mittheilt, in den juristischen Kreisen noch immer, daß dieselbe kommen wird, und zwar am 27. Januar, dem Geburtstag unseres Kaisers. Hoffen und Fahren macht Manchen zum Narren. — Ueber einen recht sonderbaren Vorfall wird aus Gumbinnen berichtet: Rittmeister von Krojg vom Dragoner-Regiment v. Wedel (Pommernisches Nr. 11) wurde, der „Preuß. Litt. Ztg.“ zufolge, Montag Nachmittag in der innerhalb des Kasernements belegenen Reithahn von unbekannter Hand durch das Fenster erschossen und war sofort todt. Durch die eingeleitete Untersuchung ist bisher nichts über den Thäter ermittelt. — Dem preussischen Abgeordnetenhaus ging von liberaler Seite ein Antrag auf Einführung der fakultativen Feuerberkattung in Preußen zu. — Dem Roten Adlerorden 4. Klasse hat der ultramontane Reichstagsabgeordnete Richard Müller-Fulda erhalten. Im „Reichsanzeiger“ stand nur „Fabrikbesitzer Müller“. Sollen durch die Verleihung des Ordens die Verdienste des Herrn Müller-Fulda um die deutsche Flotte anerkannt werden? Oder soll diese Dekoration ein Plakat auf die Wunde bedeuten, die Herr Müller-Fulda von einem Admiraltätsrath zugefügt wurde, indem dieser die Verdienste des Abgeordneten um das Zustandekommen des Kommissionsberichtes über den Marine-Etat anzweifelte? — In Paris wurden zwei höhere Beamte des Handelsministeriums wegen betrügerischen Briefmarkendiebstahls verhaftet. — In der französischen Deputirtenkammer schloß am Dienstag bei der Beratung des Vereinsgesetzes Brisson das unbewegliche Vermögen der Kongregationen auf eine Milliarde, ihr bewegliches Vermögen auf zehn Milliarden und verlangte, daß der Volk der nicht genehmigten Kongregationen für die Schaffung von Arbeiter-Pensionskassen verwendet werde. Veroll von der Rechten und Puch von der Linken sprachen gegen die Vorlage. — In Bulgarien ist eine Ministerkrise ausgebrochen. Die von dem Ministerpräsidenten Zwantchow eingereichte Demission des Kabinetts ist angenommen und Petrow mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt worden. — Wie der „Times“ aus Kalkutta gemeldet wird, gehen drei russische topographische Abordnungen unter Geleit von kleinen Kaiserlichkeitskavaliern nach dem Süden vor in der Richtung auf den Persischen Golf durch das persische Beludschistan. — Präsident Mac Kuley soll, nach dem „Berl. Tagbl.“, viererleidend sein und nur noch eine kurze Lebensdauer haben. Seine Inaugurationsrede wird nicht, wie früher stets, im Freien, sondern im Kapitol gehalten werden. — Die Polizei in Washington verhaftete eilte Griechen, die angeblich eine Anarchistenbande gebildet und Attentate geplant haben sollen. — Ein schwerer Unfall hat die japanische Marine betroffen. Das „Berl. Tagbl.“ meldet aus London: Nach einer Meldung aus Schanghai ist das japanische Schulschiff „Seiusschim“ an der Ostküste Japans mit 95 Personen, darunter 40 Kadetten, untergegangen.

Dänemark.

Ein Streik droht unter den Eisenbahnenbeamten Dänemarks auszubrechen. Wie man dem „Berl. Lok. Anz.“ aus Kopenhagen meldet, haben 4000 Beamte ihre Kündigung eingereicht; sie verlangen eine Erhöhung ihrer Gehälter.

England.

König Eduard VII. Der Prinz von Wales begab sich gestern in einem geschlossenen Wagen ohne Eskorte nach Marlborough-House. Von hier fuhr der Prinz, begleitet von einer kleinen Abteilung Leibgarde, nach dem St. James-Palast. Eine große Anzahl Peers, Minister, Richter und Mitglieder des Unterhauses, die dem Geheimen Rath angehören, waren bereits versammelt. Der Lordmajor und die Schöffen kamen in etwa 20 Calawagen von der City. Der neue König theilte alsdann den Versammelten seinen Beschluß mit, den Titel Eduard VII. anzunehmen, und leistete den Eid, daß er die Gesetze aufrecht erhalten und der Verfassung gemäß regieren werde. Die feierliche Proklamirung Eduards VII. als König von Großbritannien und Kaiser von Indien sollte heute Vormittag 10 Uhr vor dem St. James-Palaste stattfinden.

China.

Vom Chinawirrwarr. Die Gesandten in Peking traten nach einer Meldung der „Agence Havas“ Dienstag zusammen und beschloßen, auf die von Tching und Li-Hung-Tschang geforderten Aufforderungen erst zu antworten, wenn die Chinesen durch ihre Maßnahmen und Beschüsse den Beweis geliefert haben, daß sie den angenommenen Bedingungen entsprechend Genugthuung leisten wollen. Der erste Punkt der Genugthuung betrifft die Verstärkung u. Die Gesandten berathen diese Frage bezüglich der Hauptschuldigen und behielten sich vor, mit dem Prinzen Tching und Li-Hung-Tschang die Bedingungen zu berathen, unter denen der Beschluß angesetzt werden soll.

Die russischen Truppen räumten am Sonntag Tientien, wurden jedoch Dienstag, ohne jeden ersichtlichen Grund, plötzlich wieder zurückberufen. — Die Schanhaiwan-Eisenbahn ist am Freitag von den Russen an die Deutschen übergeben worden.

25 000 Mann regulärer chinesischer Truppen haben sich, wie die „Agence Havas“ meldet, in der Nähe von Tschientingfu angelagert; sie stehen einem Lagermarich von den französischen Truppen entfernt. General Boyron hat Anhalten getroffen, um sie zu beobachten. Der französische Gesandte Pichon richtete an den Prinzen Tching und Li-Hung-Tschang ein

in entschiedenem Tone gehaltenes Schreiben, in dem er verlangt, daß die Chinesen sich sofort zurückziehen sollten.

Ein gemischtes Bataillon italienischer Truppen unter dem Befehl des Majors Manufardi ging am 18. Januar nach Mahlung und Pingtuen ab, um die Bogerbanden in jenen Gegenden zu zerstreuen. Der Rückkehr der Truppen wird am 24. Januar entgegengehoben; ihre Gesundheit ist gut. — Die Nothwendigkeit aller dieser Streifzüge gegen die Boger wird in der „Köln. Ztg.“ begründet mit einem „Keinen Vorfall.“ In der Nähe von Schanhaiwan stießen berittene chinesische Räuberbanden mit indischen Langzeitern und japanischen Truppen aneinander. Den Räubern gelang es, zwei Langzeiter und fünf Japaner sowie 9 Maulthiere niederzuschießen. Endlich zogen sie ebenfalls mit Verlust von 7 Todten davon.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 24. Januar 1901.

Wahlverfahren zu den Schiedsgerichten. Eine ungeheure Konfusion scheint auf diesem Gebiete zu herrschen. Wir veröffentlichen an anderer Stelle nach dem von Herrn Architekt Struckmann und Sekretär Müller unterzeichneten Protokolle die Namen der in der Ausschreibung der Landesversicherungsanstalt für Lübeck gewählten je 28 Besizer. Dagegen veröffentlicht das Stadt- und Landamt heute je 20 Namen, darunter zwei von Leuten, die garnicht gewählt sind! (Erbbauunternehmer W. H. Meyn und Steinbrücker J. Appel) Dafür sind je 9 Namen geschrieben. Nach welchen Grundsätzen dies geschehen ist, ist jedoch nicht ersichtlich. Die Wahlen sind ohne Frage ungültig, weil in ungesetzlicher Form geschehen. Danach könnten ev. später auch die Sprüche des Schiedsgerichts ungültig sein. Es wird, wenn nicht ohne Weiteres eine neue Wahl angeordnet wird, Sache des Reichsversicherungsamtes bzw. des Reichskanzlers sein, in diesen heillosen Wirrwarr einzugreifen, ehe die Verantwortlichen darunter zu leiden haben. Nur sollte wirklich so etwas nicht für unheilvoll halten. Solange Bureaukratie!

Das Arbeitersekretariat

Johannisstr. 46

ist geöffnet an Wochentagen von 12 bis 2 Uhr und von 6 bis 7 1/2 Uhr, an Sonntagen von 11 bis 1 Uhr.

Bürgerwahlen sind bekanntlich vorsonntaggemäß im Juni d. J. statt. Unsere Gerassen werden gut daran thun, schon jetzt kräftig in die Agitation für dieselben einzutreten. Material dazu haben die beiden letzten Jahre in Hülle und Fülle gebracht. Zur Orientirung unserer Leser wollen wir die wichtigsten Daten der Wahlen des Jahres 1899 kurz wiedergeben, da bereits die Diskussion über die dreijährige Wahl lebhaft in Fluß ist. Es erheben sich folgende Listen im Wahllokale

	Bahnhof	Schiffersg.	Livoli	Conc.-Gart.
Vaterstädtischer Verein	299	333	306	463
Bürgerrechtsverein	115	92	97	171
Sozialdemokrat. Verein	207	188	224	167

es ergibt sich somit auf den Vaterstädtischen Verein 1400, den Bürgerrechtsverein 475, den Sozialdemokratischen Verein 786.

Die Stimmenzahl betrug (bei dem Vaterstädtischen Vereine die niedrigste, bei den anderen beiden die höchste)

	Bahnhof	Schiffersg.	Livoli	Conc.-Garten
Vaterstädtischer Verein	354	364	336	587
Bürgerrechtsverein	249	113	156	211
Sozialdemokr. Verein	247	198	233	190

Soviel wollen wir schon heute bemerken: Soll unsere Agitation greifbare Resultate haben, dann muß sie, abgesehen davon, daß sie mit der in unserer Partei traditionellen Bündlichkeit betrieben wird, darauf ausgehen, Bürger aus unseren Reihen zu schaffen!

Zu Schiedsgerichtsbesitzern des in Lübeck zu errichtenden Schiedsgerichts in Arbeiter-, Unfall- und Versicherungsfragen sind erwählt worden: I. aus dem Stande der Arbeitgeber: 1. Zimmermeister A. Marks, 2. Maurermeister E. Stapelfeldt, 3. Töpfermeister W. Linde, 4. Kassmann F. Koch, 5. Ingenieur G. Schetelig, 6. Kaufmann P. Strack, 7. Kaufmann H. Klüßmann, 8. Kaufmann H. Lüth, 9. Pflanzenzüchtler F. Lüders, 10. Kaufmann R. Piel, 11. Kaufmann E. Behn, 12. Kaufmann G. Bruns, 13. Fuhrer J. Böge, Schlutup, 14. Kunst- und Handwerkskämmerer A. Lindberg, 15. Rheideirektor H. Doebring, 16. Kaufmann A. Winlos, 17. Prokurist E. Drischel, 18. Konservfabrikdirektor P. Bachsmuth, 19. Fabrikant W. Wengenroth, 20. Fabrikant D. Wielenz, 21. Brauereidirektor F. E. Saueremann, 22. Brauereibesitzer H. Lüdt, 23. Eisenbahndirektor A. von Finckh, 24. Maschinenfabrikant D. Dueffer, 25. Schloßermeister F. Just, 26. Biegeleibesitzer E. Ewers, 27. Fuhrwerksbesitzer H. von der Heyde, 28. Bauunternehmer W. Forkuhl; II. aus dem Stande der Arbeitnehmer: 1. Maurer A. Kleinfeldt, 2. Maurer B. Rosenblum, 3. Zimmerer H. Koops, 4. Eisendreher P.

Hoff, 5. Schlosser F. Seemann, 6. Former J. Arndt, 7. Tischler C. Willers, 8. Tischler C. Neugebauer, 9. Tischler G. Ehlers, 10. Hafnarbeiter H. Müller, 11. Hafnarbeiter F. Lorenz, 12. Expeditionsarbeiter M. Henning, 13. Arbeiter G. Westphal-Dummerdorf, 14. Arbeiter A. Schröder-Schlutup, 15. Matrose C. Engels, 16. Heizer F. Schade, 17. Müller W. Westpheling, 18. Bäcker H. Herrmann, 19. Tischler M. Green, 20. Arbeiter F. Lubewitschen, 21. Brauer H. Spindler, 22. Brauer M. Mißbach, 23. Lokomotivführer H. Otto, 24. Sattlermeister C. Godtscheit, 25. Schneider C. Pfmann, 26. Schriftföher H. Martens, 27. Kutscher L. Bockholdt, 28. Schmied A. Albrecht.

Vom Kanalbau. Der Pastor Amann in Behlendorf erhält 561,20 Mark für einen Theil der Steckwiesen der Gemarkung Hollenbeck, welche zum Bau des Kanals nöthig waren. Der Aalsang am Fürterdamm, eine alte Gerechtigkeit des St. Johannis Jungfrauenklosters, ist bekanntlich durch den Kanalbau beseitigt, dafür hat der Staat neue Anlagen am Düter eingerichtet, die er selbst übernommen hat. Das Kloster erhielt eine Entschädigung von 10 667 Mark, der Neubau hat 1000 Mark gekostet.

Eine öffentliche Kartellversammlung findet heute, Donnerstag Abend, im Vereinshause statt, worauf wir die Delegirten wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ausdrücklich aufmerksam machen.

Die Brennholzpreise richten sich, zum Nachtheile besonders der kleinen Leute und Arbeiter auf dem Lande, selbstverständlich nach den Kohlenpreisen. Da diese durch die wucherischen Manipulationen der patriotischen Zechenbesitzer und Schabkassanten künstlich hochgeschoben sind, müssen jetzt die Tagelöhner tiefer in den ohnehin an chronischer Gabe leidenden Geldbeutel greifen, wenn sie in ihren Rathen nicht frieren wollen. So wird z. B. aus dem Fürstenthum Lübeck berichtet, daß bei den Auktionen für den Raummeter Buchenflussholz neun bis zehn Mark und darüber geboten worden seien. Die Stellmachereinnahme für den Kreis Lauenburg hat wegen der steigenden Preise für Rohmaterial eine zehnprozentige Preiserhöhung eintreten lassen. So wird der gemünzte Schweiß aus den Hütten der Kleinen in die Taschen der Großen hinaufgesaugt.

Wo bleibt die Beleuchtung der seit fünf Jahren benutzten Zierstraßen? So fragt uns ungeduldig ein Interessent. Wir wissen's nicht.

Ein schlechterer Rüter, ausgezeichnet durch seine Größe, treibt in der Nähe der Fabrik von Carl Thiel u. Söhne Unfug. Wir empfehlen ihn der Obacht der Polizeibehörde.

Ans der Theaterkanzlei schreibt man uns: Morgen Freitag findet der bereits angekündigte Ehrenabend für Mia v. Wolmerstein statt. Zur Aufführung gelangt zum letzten Male die Operette „Die kleinen Mädchen“. — Der Sonntag bringt die dritte Wiederholung der „Puppe“. — Die Eröffnung von Wagner's „Lohengrin“ findet am Dienstag, den 29. Januar statt.

Herrenfähre und Struckfähre sind wieder in vollem Betriebe.

Der Senatskanzlei sind für sachliche Ausgaben 6000 Mark nachbewilligt worden.

Borgärten sollen für die neuerbauten Forstarbeiterwohnungen in Ritzerau an der Landstraße nach Duvenhagen angelegt werden. Das erforderliche Land wird durch Tausch von der Gemeinde Ritzerau erworben.

Für die Stempelordnung ist ein Nachtrag an die Bürgerschaft gebracht, wonach Policen über Viehver sicherungen stempelfrei sein sollen, sofern die versicherte Summe 500 Mark nicht erreicht.

Gemeindebeschreibung des Fürstenthums Lübeck. Im „Anzeiger für das Fürstenthum Lübeck“ ist nunmehr auch die von uns erwähnte Bekanntmachung des Statistischen Bureaus erlassen worden.

Schöffendienste verrichten in der Zeit vom 25. Januar bis 5. Februar Kaufmann M. Jacobson und Kaufmann A. H. Potthmann.

* Kleine amtliche Nachrichten. Am Sonnabend, den 26. ds. Mts., Vormittags 10 Uhr, sollen auf dem Burgfelde neben der Polizeiwache zwei aufgegriffene Arbeitspferde, deren Eigenthümer nicht festzustellen ist, meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden. — In das Handelsregister ist eingetragen am 22. ds. Mts. bei den Firmen: „Heinr. Rogge Nachf. Heinr. Bröder“, „Heinrich Käbitz“, „C. Hajer“, „E. Wettrum“: Die Firma ist erloschen; am 23. ds. Mts. bei der Firma „H. Theophile“: H. W. S. Theophile ist gestorben. Zeitige Inhaberin: F. M. F. S. geb. Vornhöft, des Kaufmanns H. W. S. Theophile Wittwe; bei der Firma „Emil Kriev, A. Blumenfeld Nachf.“: Die Firma ist erloschen.

* Holzverkäufe in den Nachbargebieten. Am Dienstag, den 29. Januar, 10 Uhr, bei Gastwirth Ehlers (Colosseum) in Mülln: Aus den Forstorten Brunnmarke und Rührader Tannen: 649 Stk. Kiefern mit 626,65 Fm., 25 Stk. Fichten mit 23,07 Fm. Aus dem Forstort Samilauer Tannen: 460 Stk. Fichtenstämme mit 197,73 Fm., 23 Stk. Kiefernstämme mit 17,94 Fm., 43 Stk. Fichten-Verhänger I. Klasse. Aus dem Forstorte Altsfelder Tannen: 50 Stk. Fichten-Rundholz-Stämme mit 34,86 Fm., 3 Stk. Kiefern-Rundholz-Stämme mit 3,05 Fm. Aus dem Forstorte Fohberg: 12 Stk. Fichten-Rundholz-Stämme mit 4,45 Fm., 255 Stk. Fichten-Verhänger-Stangen mit 15 Fm., 1550 Stk. Fichten-Heiser-Stangen mit 14,75 Fm. — Am Dienstag, den 29. Januar, 2 Uhr, bei Gastwirth John zu Bierlingen: Eichen: 36 Stämme, zuf. 27,44 Fm., 0,94 Fm. Stangen und 132 Drahtpfähle. Buchen: 6 Kugelhölzer, zuf. 5,73 Fm., 358 Nm. Nub- und Brennholz und 87 Haufen Durchforstungsholz. Gemischtes Laubholz: 418 Fm. Radmacher- und Pantoffelholz, 259 Drahtpfähle und 22 Haufen Buch.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Der sozialdemokratische Verein für den 2. Wahlkreis der Stadt Hamburg hatte am 31. Dezember 3322 Mitglieder. Seine Jahreseinnahmen, unter denen etwa 3600 Mark vom Schiffsvertrieb, betragen 19 594 Mark. Die Beiträge nicht Marxen- und Birkenergebnis ergaben die Summe von ca. 11 000 Mark. — Das Arbeitersekretariat in Altona bleibt laut Beschluß des Gewerkschaftsartikels von Altona-Duisen an Sonn- und Festtagen ge-

schlossen. — In Böhlow haben die Maurer den Meistern einen neuen Tarif unterbreitet, wonach der Lohn pro Stunde 26 Pfg., für jede Ueberstunde 41 Pfg., an Sonntagen und des Nachts pro Stunde 46 Pfg., bei Landarbeit (5 Kilometer von der Stadt) pro Stunde 39 Pfg. und event. Fahrgehalt betragen soll. Desgleichen sieht der Tarif Regelungen vor für Schlafräume der Gesellen, wenn diese die ganze Woche über von Hause fortbleiben. Die Lohnzahlungen sollen wöchentliche sein. Ferner enthält der Tarif Vorschriften für die Zeiten, an denen Akkordarbeiten nicht stattfinden dürfen, für Baubanden, Abort, Verbandszeug und verlangt, daß bei Einstellung von Gesellen die einheimischen Arbeiter bevorzugt werden sollen. — Die Meister haben unter Ablehnung aller weiteren Forderungen 32 Pfg. Stundenlohn angeboten. Daraufhin haben die Gesellen am eine abermalige Verhandlung er- sucht.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In St. Paulpan bei Schwarzenbeck brannten die der Gastwirthin Kahlmann gehörige Scheune und Schweinestall ab. — Das Schwarzenberger in Kiel verurtheilte die Wittve Kraatz wegen Mord und Betrugsversuchs zu 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus. Sie hat sich f. Bt. bei der Polizei als Zeugin gemeldet, als eine Belohnung auf die Ermittlung des vermurtheten Mörders der auf einer Maskerade durch einen Schuß getödteten Helene Streich ausge- setzt war. Sie beschwor beim Untersuchungsrichter, daß sie den Mörder kenne, was purer Schwindel war. — Feuersbrünste haben, wie dem „H. Fr.“ gemeldet wird, stattgefunden in Twest, Lastrup und Wielenberg bei Lensberg; in allen Fällen wird Brandstiftung vermutet. — An Bord des Gaster Schiffs „Genuß“ wurde auf der Reise nach Australien der Schiffstoch Fessen aus Flensburg von zwei Matrosen ermordet. Letztere sind verhaftet; sie werden auf dem Reichspostdampfer „Großer Kurfürst“ heimgeschifft. — In Parchim ist der Schuppen der städtischen Ziegelsäge abgebrannt. — Auf dem Bahnhofs zu Grieben (bei Grevesmühlen) erlitt beim Verladen von Sämen der Arbeiter Louagel lebensgefährliche Verletzungen, auf dem Bahnhofs zu Grevesmühlen der Arbeiter Friesen beim Abladen von Sämen einen Schenkelbruch, im Bernstorfer Forst der Arbeiter Baummeister beim Holzsägen ebenfalls eine Schenkelverletzung. — Großfeuer wüthete Dienstag Nacht in der Cassinacherreihe in Hamburg. Zerstört wurden die Tischlerwerkstatt von Domich, die Tischlerwerkstatt von Teißler, die Möbelschneiderwerkstatt von H. Tormählen und die Tapeziererwerkstatt von Brandes. Die große Möbelfabrik von Gebrüder Born erlitt Feuer- und Wasserschaden. — In Altona wurde der Mitinhaber der Holzwarenfabrik Andersen u. Jochimsen, Jochimsen, beim Brettermessen durch ein herunterfallendes Stück Holz getödtet.

Stin. Vom verstorbenen Großherzog Peter erzählt Hermann Orden in seinem in den Preussischen Jahrbüchern vor einiger Zeit veröffentlichten Nachruf: „Wo gar die Polizei ihren schützenden Arm über die feineren Gebiete menschlicher Thätigkeit aus- strecken wollte, da rechte sich in dem künstlerisch gebildeten Manne der stärkste Widerspruch: in seinem letzten Lebensjahre urtheilte er über die sogenannte lex Heinze kurz ab: „Es ist absurd, die Venus von Milo unter die Kontrolle der Gendarmen zu stellen.“ — Die Schrift- gelehrten des „Reichsanzeiger“ bekamen bekanntlich sammt und sonders einen plötzlichen Anfall von Schreibkrampf, als Peter starb. — Eine zeitgemäße Klage lief vor einiger Zeit durch die bürgerliche Presse, ausgehend von Niendorf a. D. Da hieß es: „Der im Fürstenthum Lübeck herrschende Lehrermangel macht sich auch hier recht bemerkbar, denn auch unserer zweiklassigen Schule fehlt der Elementarlehrer. Am Schluß der vergangenen Jahres ver- suchte man die zweite Stelle mit einem Präparanden zu besetzen; doch dessen Bleiben sollte nicht lange sein, denn recht bald zeigte es sich, daß ein solcher, der ja selbst noch Schüler ist, durchaus ungeeignet ist, einer Klasse vorzustehen. Seit, seit Beginn des neuen Jahres, werden nun beide Klassen von einem Lehrer allein verwaltet, weshalb Halbtagschule eingerichtet werden mußte. Bei solcher Versorgung der Schulen mit Lehrkräften muß denselben ein unberechenbarer Schaden erwachsen, was um so weniger zu verzeihen ist, als unsere Gemeinde derzeit nicht die gewünschte zweiklassige Schule bauen dürfte, sondern von der hohen Großherzoglichen Regierung zu einer dreiklassigen gezwungen wurde.“ Die Leute sollten doch ruhig sein. Haben sie denn nicht als Ersatz die Er- höhung der Zivilliste bekommen?

Hamburg. Eine vorzügliche Kritik un- serer Bürgerschaft giebt in kurzen Worten der „Hamb. Corr.“ im Briefkasten seiner Montag-Abend- nummer. Da wird einem Anfrager bündig geantwortet: „Die drei von Ihnen genannten (älteren) Fraktionen der Bürgerschaft sind nur schwer von einander zu unterschei- den, da keine Programme existiren oder bekannt sind. Wesentlichster Unterschied sind die Stiefel; am 19. September 1900 machte (nach dem stenographischen Bericht) Johs. Falben mit Bezug hierauf die Bemerkung: „Neben denen, die mit

Sackstiefeln in die Wahlbewegung eintreten, und denen, die Kalbs- und Kindlederstiefel tragen, werden auch solche mit Wasserstiefeln kommen.“ Wir haben, schreibt das „Hamb. Echo“, dem nichts hinzuzufügen als das laute und vernehmbare Wort: „Stimmt!“

Klitz Verfehlte Handwerksetzung. Vierzig Angehörige „freier“ Innungen, unzufrieden darüber, daß ihnen die Prüfung ihrer Lehrlinge von der mecklen- burgischen Handwerkskammer nicht gestattet worden ist, nahmen folgende Resolution an: „Die Handwerkskammer möge in ihrer nächsten Vollversammlung die Prüfungs- angelegenheit nochmals zur Sprache bringen und den freien Innungen die Ermächtigung zur Abhaltung von Gesellenprüfungen ertheilen.“ Die biederen Kranten er- blickten in dem Prüfungsrecht eine Lebensfrage für die freien Innungen, statt sich zu fagen, daß sie auch ohne diesen Ballast wirtschaftliche Vereinigungen schließen können.

Harburg. Die Straßenreinigungsar- beiter haben dieser Tage durch eine Lohnbewegung einen kleinen Erfolg erzielt. In einer äußerst stark be- suchten Versammlung beschloßen sie, der Stadtverwaltung folgende Forderungen zu unterbreiten: 1) Gewährung eines Tagelohnes von 3.25 Mk. 2) Auszahlung des Lohnes am Arbeitsplatz, da bei der jetzigen Methode die Arbeiter stundenlang in der Kälte warten müssen. 3) Auszahlung des Lohnes 24 Stunden nach Fälligkeit desselben. Am folgenden Abend berichtete die zu diesem Zwecke gewählte Kommission, der Magistrat habe einen Stundenlohn von 30 Pfg. zugesagt. Dies sei eine Zu- lage von 45 Pfg. pro Tag. Betreffs Auszahlung des Lohnes habe der Magistrat versprochen, dem Banke der Arbeiter so viel wie möglich nachzukommen. So soll der Lohn für die aus dem Arbeitsverhältnis tretenden Arbeiter binnen 48 Stunden gezahlt werden. Dies Angebot wurde angenommen.

Sterafchau-Biesmarck Samstag, 23. Januar

Der Schweinehandel verlief gut. Jagehühner wurden 430 Stück, davon vom Norden, vom Süden — Stück. Hühner: Sengschweine — Mk. Bestand: 54—55 Mk., leichte 54—55 Mk., Sauen 47—52 Mk. und 50—53 Mk. pro 100 Pfd.

Am 21. Januar wurde uns ein kräftiger Junge geboren. Dies zeigen an **Rudolf Tiedt und Frau,** Marie, geb. Schoof.

Dankagung. Allen denen, die unsern toben Sohn die letzte Ehre erwiesen und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

Familie Schulz. Ein freundlich möblirtes Zimmer zu vermieten Lindenstraße 69 a, part.

Arbeiterinnen gesucht. **F. A. Rieck** Fährgraben, Vorbedstraße 11. Sogleich ein Sanibarische außer der Schulzeit Große Grödelstraße 12

Friedr. Paetau, Mühlenstr. 27 Pr. Rippen, Rauchstücke, Rippespeer, ger. Nacken.

Allen Freunden und Bekannten, sowie einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich das **Tabak- u. Cigarrengeschäft** des Herrn Johs. Biehl käuflich übernommen habe. Indem ich nur gute und reelle Waare zu soliden Preisen führen werde, bitte freundl. um geneigtes Wohlwollen. **Heinrich Wichmann.**

Keine Auktion aber zu Auktionspreisen werden **Herren-Ueberzieher, Anzüge, Lodenjoppen** verkauft **14 Hundestraße 14** durch den Auktionator und Legator **Joachim Ch. B. Schmehl.**

Schweinefleisch 60 Pfg., gef. Mettwurst 70 Pfg., Leberwurst u. ger. Leberwurst 70 Pfg., Preßwurst und Kochwurst 50 Pfg., bestes Schmalz 70 Pfg., Bratenfett 40 Pfg., Speisefett 40 Pfg., fettes Kopffleisch 30 Pfg., Kumpfer (gef. und ger.) 40 Pfg., täglich fr. Schwarzbrot, Brod- wurst à 10 Pfg. Jeden Sonntagabend 5 Uhr warme Kackewurst, ff. Ansicht. **M. Lahrtz, Böttcherstraße.**

Als schöne Zimmerzierde ist den Parteigenossen zu empfehlen: **Brustbild von Ferd. Lassalle.** Natürliche Größe, Veldruck. Preis 1 Mk. **Brustbild von Karl Marx.** Natürliche Größe, Veldruck. Preis 1 Mk. Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 50.

Hansa-Brauerei Aktiengesellschaft Lübeck. — Fernsprecher 161. — Wir empfehlen unsere ausschließlich aus bestem Hopfen und Gerstenmalz be- reiteten **Lager- und Tafelbiere** in bekannter Güte, sowie unser **Kapuzinerbräu** welches nach Münchener Art, ebenfalls streng nach den Vorschriften des bayerischen Brauergesetzes gebraut ist, und erhitzen aus Bestellungen direct oder durch die Bierfabrik.

Da mit dem 1. Januar 1900 das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich in Kraft trat, und dieses ausser anderen bedeutenden Aenderungen der geltenden Rechte auch Aenderungen im Miethrecht mit sich bringt, ist **wichtig für Jedermann:**

Die Rechte u. Pflichten des Miethers nach dem neuen **Bürgerlichen Gesetzbuch.** Kommentar zum Miethrecht von **Richard Lipinski.** Dritte Auflage. Preis 20 Pfennig.

Inhalt: Der Abschluss des Miethvertrags. — Die Form des Miethvertrags. — Wer soll den Miethvertrag abschließen? — Was wird mit den nach altem Recht abgeschlossenen Ver- trägen? — Die Dauer des Miethvertrags. — Gewährung der Miethräume und die Gegenleistung des Miethers. — Die Pflicht des Vermiethers. — Haftung des Vermiethers für Mängel. — Gefährdung der Gesundheit. — Anzeigepflicht des Miethers. — Ent- ziehung des Gebrauchs durch Dritte. — Rechtzeitige Gewährung der Miethräume. — Ersatz für Aufwendung des Miethers. — Untermieth. — Vertragswidriger Gebrauch der Miethräume. — Zahlungstermin der Miete. — Die Kündigungsfristen. — Ausser- ordentliche Kündigungsfristen. — Die kündigungslose Aufgabe der Wohnung. — Kündigungslose Entziehung der Wohnung. — Kauf bricht nicht Miete. — Beendigung des Miethvertrags. — Das Zurückhaltungsrecht des Vermiethers.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.** Johannisstrasse 50.

Zu verkaufen ein Haus vor dem Burghor, ein Haus mit Ladu vor dem Holsthor, beide sich sehr gut verjühend. Gerinne Anzahl. Näheres Georgstraße 25, 1. Et.

Achtung! **Verband der Fabrikarbeiter!** Die arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen haben sich um die Kontrolle des Morgens von 9—10 Uhr bei **F. Lecke, Lederstraße 3,** zu melden. Erste Kontrolle Freitag den 25. Januar. Wer nicht erscheint, wird nicht berücksichtigt. **Die Ortsverwaltung.**

Verleih-Institut für Damen-Maskengarderoben in reichhaltiger reicher Auswahl. **M. Alexander, Fischergrube 54.**

Stadt-Theater Freitag den 25. Januar. (115) 90. Abouu-Vorft. 17. Freitag-Abouu. **Strenabend Ria v. Vollmerstein.** **Die kleinen Michus.** Sonntag den 26. Januar. **Die Puppe.**

Die Entstehung der Eisenbahnen.

Wir datiren die Entstehung der Eisenbahnen für gewöhnlich vom 10. Oktober 1825 an, da der von Stephenson konstruirten Lokomotive „Kakete“ nach mehrtägigen Probefahrten zwischen Liverpool und Manchester der Preis zuerkannt wurde, und in der That ist die Entwicklung der modernen Lokomotiv-Eisenbahnen von diesem Tage an zu datiren. Was seit jenem Tage für die Weiterentwicklung der Eisenbahnen geschehen ist, das ist nur eine Verbesserung und Weiterbildung dessen, was seit jenem Tage gegeben war. Aber die Entdeckung der Eisenbahnen liegt viel weiter zurück, wenn sie auch erst mit der Ueberführung der Lokomotive auf die Eisenschienen ihre große Bedeutung gewann.

Die Voraussetzung der Eisenbahn ist zunächst die Entdeckung der Spurbahn. Daß diese bereits im Alterthum bekannt gewesen sei, ist eine nicht bewiesene Behauptung einiger Alterthumsforscher. Aber sicher beglaubigt ist die Anwendung der Spurbahn um das Jahr 1500 in den Bergwerken im Harz, im Erzgebirge und in Tirol. Es war dies der Hundslauf, die kleinen Bergwerksfahrwerke, Hunde genannt, hatten vier niedrige, walzenförmige Räder, die auf zwei hölzernen Langschwellen liefen. Die Grubenbahnen wurden durch Harzer Bergleute, die von der Königin Elisabeth berufen waren, auch in England eingeführt, und es ist nun behauptet worden, diese Grubenbahnen seien in England bald auch außerhalb der Bergwerke im Freien hergestellt und hätten zur Entstehung der Eisenbahnen geführt. Dies ist aber nicht richtig, vielmehr sind die Eisenbahnen unabhängig von den Grubenbahnen entstanden.

Darüber hat der Professor an der technischen Hochschule zu Hannover, Launhardt in einem kürzlich erschienenen Buche „Am tausenden Wechsell der Zeit“, in dem er darlegt, welchen Einfluß die Entwicklung der Naturwissenschaft und der Technik auf das gesammte Kulturleben gehabt hat, das Wissenswerthe übersichtlich zusammengestellt. Nach ihm ist die Geburtsstätte der Eisenbahnen bei Newcastle am Tynefluß zu suchen. „Dort wurden bis zu Anfang des 17. Jahrhunderts die Steinkohlen von den Gruben bis an die Schiffsladepätze am Tyne in Säcken auf dem Rücken von Lastthieren gebracht. Als man dazu überging, dafür Straßenfahrwerke zu verwenden, legte man auf den Erdweg für den Lauf der Räder zwei Streifen Langschwellen. Bald darauf verbesserte man diese Streifenbahn, indem man auf die Innenkanten der Langschwellen hölzerne hervorstehende Sperrleisten nagelte, um ein seitliches Abgleiten der Räder von der schmalen Laufbahn zu verhindern. Damit war eine hölzerne Spurbahn gebildet. Wiederholte Versuche, durch Aufnageln von Flacheisen, auf dem die Räder liefen, den Zugwiderstand und die Abnutzung der Holz zu vermindern, mißlangen. Da bewirkte im Jahre 1767 ein günstiger Zufall einen wesentlichen Fortschritt. Auf einem benachbarten Eisenwerke hatte sich infolge mangelnden Absatzes ein großer Vorrath von Roheisen angehäuft. Dies brachte den Leiter des Werks, Keynolds, dem auch der Betrieb einer Kohlengrube unterstand, auf den Gedanken, das Eisen, anstatt es ungenutzt auf dem Hofe des Hochofens lagern zu lassen, in langgestreckten, schweren Barren gießen zu lassen und einstweilen bis zu einer Besserung der Abgabeverhältnisse auf die Langschwellen der Kohlenbahn zu legen. Um den Rädern eine Führung zu geben, waren die Gieß-eisenbarren in ihrer Oberflache glatt gehöht. Dies war die erste eiserne Spurbahn. Sie führte zu einer so erheblichen Verminderung des Zugwiderstandes, daß man sich sofort entschloß, den Eisenbelag dauernd beizubehalten. Die flachgehöhte Oberfläche der gußeisernen Schienen bot aber für die

Führung der Räder keine genügende Sicherung. Daher gab Curr auf einer anderen Kohlenbahn den gußeisernen Schienen einen winkelförmigen Querschnitt, auf deren wagem rechten Schenkel die Räder liefen, während der an der inneren Kante der Schienen befindliche aufrecht stehende Schenkel die Spur bildete. Ein entscheidungsvoller Fortschritt in der Ausbildung des Schienenquerschnitts geschah darauf im Jahre 1789 durch Jessop. Er gab den Schienen einen pilzförmigen Querschnitt und befestigte sie durch Keile auf den Unterlagern. Zur Sicherung des Laufs der Räder auf dem flachgewölbten Schienenkopfe erhielten die Radreifen hervorstehende Sperrkränze, die in die innere Seite des Geleises eingriffen. Während bis dahin die gewöhnlichen Straßenfahrwerke auf dem Eisenbahngleise fuhren, wurden nun besondere Eisenbahnfahrwerke nötig. Es mußte ein selbstständiger, vom Straßenverkehr vollständig geschiedener Eisenbahnbetrieb eingerichtet werden, was begreiflicherweise von entscheidungsvoller Bedeutung war und zunächst zu einer verbesserten Bauart der Wagen führte.“

Es dauerte nun noch lange Jahre, bis die gußeisernen Schienen durch Schienen aus gewalztem Eisen oder Stahl ersetzt wurden. Erst nach dem Jahre 1830 wurden die gußeisernen Schienen allmählich vollständig verdrängt.

Anabhängig von der Entwicklungsgeschichte der Eisenbahn war die der Lokomotive. Gleich nach der Erfindung der Dampfmaschine trat das Bestreben hervor, die Dampfkraft für die Förderung von Lasten zu verwenden. Es gelang dies bekanntlich zuerst für den Wasserweg durch das im Jahre 1808 durch Fulton auf dem Hudson in Betrieb gebrachte Dampfschiff. Alle die vielfachen Versuche, eine Lokomotive für den Verkehr auf der Landstraße herzustellen, blieben aber ohne Erfolg. Die starken Erschütterungen der schweren Maschine vermochten weder diese selbst noch die Straßen zu ertragen. Da kam im Jahre 1804 der geistvolle Trevithick auf den Gedanken, die Lokomotive auf ein Eisenbahngleis zu bringen, und siehe da, die Sache ging. Es war, wie wenn der auf dem Lande unbeholfene Schwanz die glatte Wasserfläche kommt. Aber für die praktische Ausnützung der Lokomotive auf der Eisenbahn zeigte sich eine neue Schwierigkeit. Man vermochte in dem Kessel nicht die genügende Menge Dampf zu entwickeln, um größere Lasten mit befriedigender Geschwindigkeit fortzuschleppen. Sehr verhängnisvoll für die weitere Ausbildung der Lokomotive wurde dabei das Vorurtheil, daß auf den Schienen die Triebäder nicht die genügende Reibung hätten, um eine größere Zugkraft ausüben zu können, so daß man ein Zahnrad mit Eingriff in eine zwischen den Schienen liegende Zahnstange für erforderlich hielt. Als endlich im Jahre 1813 Blaneau erkannte, daß ein Zahnengriff nicht nötig war und eine Lokomotive mit glatten Radreifen genügende Reibung auf den Schienen fand, blieb doch noch längere Zeit die Schwierigkeit bestehen, der Lokomotive eine genügende Dampferzeugung zu geben. Auf den Eisenbahnen, von denen 1829 in England schon mehr als 300 Kilometer vorhanden waren, fand daher meistens Pferdebetrieb statt, und nur auf zwei oder drei kürzeren Strecken war ein Lokomotivbetrieb eingeführt. Die Lokomotiven, die der Volksmund „eiserne Pferde“ nannte, arbeiteten mit großem Geräusch und vermochten nur kleine Züge mit mäßiger Geschwindigkeit fortzuschleppen. Für die damals im Bau begriffene Eisenbahn von Liverpool nach Manchester war ursprünglich ebenfalls Pferdebetrieb in Aussicht genommen, durch den auch ein möglichst rascher Personenverkehr vermittelt werden sollte. Es gelang jedoch George Stephenson nach vieler Mühe, die Unternehmer dieser Bahn zu einem Preisanschreiben für eine rasch fahrende Lokomotive zu veranlassen, die das dreifache ihres Gewichts mit einer Geschwindigkeit von 16 Kilometern in der Stunde sollte ziehen können. Infolge dieses Preisanschreibens wurden vier Lokomotiven eingeleistet. Am 6. Oktober 1825 begannen unter diesen die Probefahrten, die bei Rainhill auf der Bahn von Liverpool nach Manchester unter dem Herbeiströmen einer ungeheuren

Volksmenge stattfanden. Nach mehrtägigen Probefahrten wurde am 10. Oktober 1825 der Lokomotive Kakete von Stephenson der Preis zuerkannt. Diese übertraf noch die gestellten Anforderungen und leistete bei einer Fahrt schon eine Geschwindigkeit von 40 Kilometern in der Stunde. Dies war der Geburtstag der Lokomotiv-Eisenbahn.“

Die weitere Entwicklung ist bekannt. Rasch breitete sich das Eisenbahngleis in England aus. In Deutschland wurde am 7. Dezember 1835 die erste Lokomotiv-Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth eröffnet. Am 7. April 1839 wurde die Eisenbahn von Leipzig nach Dresden dem Betrieb übergeben. Im Jahre 1840 waren in Deutschland bereits 549 Kilometer Eisenbahnen in Betrieb, auf der ganzen Erde 7500 Kilometer. Jetzt hat das deutsche Eisenbahngleis eine Länge von rund 50 000 Kilometer. Und wie die Eisenbahnen sich ausbreiteten, so wurden sie auch immer mehr vervollkommen. Nachdem endlich die Lösung des Problems der Lokomotiv-Eisenbahn gefunden war, war es ja nur natürlich, daß die Weiterentwicklung in raschestem Tempo vor sich ging.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Spitzenweber in Calais dauert nun bereits die elfte Woche. Obgleich den Ausständigen bei der letzten Auszahlung nur 5 Fr. Unterstützung überwiesen werden konnten, zeigt sich noch keine Entmutigung in ihren Reihen. Dagegen werden die Fabrikanten manfend. Die einen wollen versuchen, mit den Mitgliedern der „Emanzipation“ weiter zu arbeiten, ein anderer Theil der Fabrikanten wünscht mit den Vertretern des Verbandes zu unterhandeln.

Das innige Verhältniß zwischen Regierung und Unternehmertum, das durch die Vorkriege entthüllt worden ist, wird aufs neue durch ein Schriftstück illustriert, das der „Märkischen Volksstimme“ ein günstiger Wind auf den Schreibtisch geweht hat. Es ist ein Zirkular, das an die Eisenbahndirektionen gerichtet ist und das also lautet:

Eisenbahndirektionsbezirk Halle a. S.
Vorstand der königlichen Kottbus,
Betriebsinspektion 3. den 15. Juni 1900.
An

Um zu prüfen, in welchem Verhältniß die diesseits an ungeschulte Arbeiter gezahlten Tagelöhne im Vergleich zu den von der Landwirtschaft und Industrie in der Nähe von Senftenberg gewährten Tagelohnsätzen stehen, auch um letztere nicht zu überbieten und andererseits doch die erforderliche Arbeiterzahl zu erhalten, ersuche ich ergebenst um gefällige recht baldige Mittheilung, welche Tagelohnsätze (von — bis) Sie Ihren gewöhnlichen vollbrauchbaren, nicht handwerksmäßig vorgebildeten Arbeitern zahlen, und ob diese Tagelohnsätze auch tatsächlich zur Anwendung kommen, oder ob Sie Ihre Arbeiter oft oder ständig in Akkordarbeit beschäftigen, so daß die vorerwähnten Tagelohnsätze nur als Mindestlohnätze aufzufassen sind, die Arbeiter in Wirklichkeit aber mehr verdienen.

Sollten Sie also Arbeiter in Akkord beschäftigen, so ersuche ich noch um gefällige Mittheilung, wieviel vollkräftige, nicht handwerksmäßig vorgebildete Arbeiter durchschnittlich bei zehnjähriger Arbeitszeit täglich in Akkord verdienen.

Zur Vermeidung von Porto-Auslagen wäre es wünschenswert, wenn Sie Ihre gefällige diesbezügliche Antwort der Station Senftenberg zur Weiterbeförderung nach hier übermitteln.

Lehmann.

Die Interessengemeinschaft zwischen Staat und Unter-

Im Banne der „göttlichen“ Weltordnung.

Roman aus der Gegenwart von W. Braunsdorf.

29. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Wieder trat Affessor Feldner an das Krankenlager und ergriff die feuchtkalte, zitternde Hand des Verwundeten. „Sie haben allerdings eine schwere Schuld auf sich geladen, lieber Freund. Wollen Sie mir aber nicht jetzt noch sagen, warum und weshalb Sie den Mann erschlagen haben?“

„Nun, habe ich Ihnen so viel gesagt, mögen Sie auch Alles wissen. Es war mein Freund und Amtskollege Friedrich Müller. Die Vertrauensstellung bei der Versicherungsgesellschaft zu B. . . . verleitete uns, eine große Geldsumme gemeinschaftlich zu unterschlagen und damit gelegentlich eines Urlaubes, den wir Beide nahmen, zu flüchten. Die Habgier machte den Wunsch in mir rege, das Geld allein zu besitzen. Ich lockte meinen Gefährten, als wir in diese Gegend gelangten, unter einem harmlosen Vorwand nach dem Wald, erschlug und beraubte ihn aller Werthsachen und der unterschlagenen Summe, die er in Verwahrung hatte, und kehrte dann allein nach B. . . . zurück, um den Anschein zu erwecken, Müller habe allein die Unterschlagung verübt und sei flüchtig geworden.“

Der Kranke machte, von tiefer Erschöpfung ergriffen, eine Pause.

„Wie kamen Sie aber dabei mit Anton Hager zusammen?“ forschte der entsetzte Affessor weiter, und zwar mit einer eindringlichen Stimme, die verrieth, wie wichtig die Enthüllung dieses Punktes für ihn sein mochte.

„Ich traf denselben, nachdem ich den Mord vollbracht, unweit des Thortores auf der Landstraße. Der Gegend unbekannt, wandte ich mich an den Mann, da er auf mich den Eindruck eines durchaus ehrlichen Menschen machte, dem man

Vertrauen schenken könne. Es kam mir nun darauf an, das Geld einstweilen an einem sicheren Ort zu verbergen, um es nach einiger Zeit, wenn Gras über die Geschichte gewachsen, zu holen. Ich zog Hager in das Vertrauen, verschwieb ihm aber den Sachverhalt in Bezug auf den Erwerb des Geldes, erzählte ihm vielmehr eine harmlose Geschichte, die ihm glaubwürdig genug klang, um auf mein Ansuchen einzugehen. Wir vergruben das Geld im Walde, ich bot dem jungen Mann dreihundert Mark als Schweigegehalt und nahm ihm das feierliche Versprechen ab, das Geld unangefastet zu lassen und Niemand davon Mittheilung machen zu wollen. Jetzt kam ich zurück, um das Geld zu holen. Beim Suchen nach demselben sprach ich in heftigem Tone meine Zweifel über die Ehrlichkeit des Mannes aus, ich beleidigte ihn, und er schlug mich nieder!“

Der Kranke fiel nun kraftlos und wie gebrochen zurück und schloß müde die Augen.

Der Affessor trat zurück und machte eifrig Notizen. Aber seine Hand zitterte, das Gesändniß des Mannes hatte ihn auf das Tiefste erschütter.

Noch einmal faßte er die eiskalte Hand des sterbenden Verbrechers und sagte dann vortwurfsvoll aber nicht unfreundlich:

„Sie sind ein entsetzlicher Mensch, Brudner, und haben eine Schuld auf sich geladen, die verdammenswerth ist. Der strafenden Gerechtigkeit werden Sie entgegen durch den Tod. Insofern aber haben Sie vor Ihrem Ende noch ein gutes Werk gethan, indem Sie Anton Hager wenigstens von einer schweren, drückenden Last befreit haben. Im Namen dieses Mannes danke ich Ihnen.“

Brudner antwortete nichts mehr. Mit krampfhaft geschlossenen Augen lag er, sein Athem ging kurz, schwer und rüchelnd. Dann ging ein konvulsives Aufzucken durch seinen Körper, plötzlich lag er still — keine Muskelbewegung mehr. Der Arzt trat an das Lager, befühlte den Puls

des Mannes und lauschte nach dem Athem — — der Verbrecher war todt!

Affessor Feldner aber verließ, von dem über Erwarten günstigen Erfolg seines Unternehmens freudig bewegt, eilig das Krankenhaus und kehrte nach dem Gerichtsgebäude zurück.

Nun mußte die Sache für Anton Hager einen ungleich günstigeren Ausgang nehmen. Allerdings lag schwere Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange vor, ein Delikt, das unter gewöhnlichen Verhältnissen mit hoher Strafe bedroht ist, aber die Motive, die Hager zu der That veranlaßt, schlossen so zahlreiche und gewichtige Milderungsgründe in sich, daß von einer der Straftat an und für sich angemessenen Strafe nicht die Rede sein konnte, daß der Fall in einer außergewöhnlich milden Form beurtheilt werden mußte.

Affessor Feldner hatte unverzüglich Nachgrabungen im Wald bei Weinsfelden zu dem Zwecke vornehmen lassen, das dort verborgene Geld zu heben. Es wurde auch wirklich unverfehrt aufgefunden und vom Gericht einstweilen in Verwahrung genommen.

Der menschenfreundliche Affessor unterließ nicht, Anton die hocherfreulichen Resultate seiner Nachforschungen persönlich mitzutheilen und ihm zu eröffnen, daß, wenn er auch Strafe auferlegt erhalten müsse, seine Sachen doch so gut ständen, daß die geringe Strafe keine Entehrung für ihn bedeuten könne.

Anton war davon auf das Angenehmste überrascht, er athmete wie von einer Fentnerlast befreit auf, seine Augen bligten freudig, und bewegt drückte er dem braven Manne, in dem er einen theilnehmenden Freund gefunden, dankbar die Hand.

Sechszehntes Kapitel.

Der Affessor hatte den Abschluß der Untersuchung gegen

nehmer tritt hier schlagend zu Tage. Profitmacherei auf Kosten der Arbeitelöhne, das ist es, was beide Faktoren bewegt und die rührende Harmonie herstellt. Angefichts der niedrigen Löhne, die den preussischen Eisenbahnarbeitern gezahlt werden, ist ein solches Vorgehen geradezu ungeheuerlich. Wird man noch soweit gehen, daß man den Lohn der Eisenbahnarbeiter auf das Niveau der Hungerlöhne herabsetzt, den die Agrarier zahlen? Es scheint bald so. Das bietet ja den preussischen Eisenbahnarbeitern allerliebste Aussichten.

Streiks, Löhne und Arbeitslosigkeit in England. Nach einer Veröffentlichung des englischen Handelsministeriums beteiligten sich an den Streiks, die im vorigen Jahre in England stattgefunden haben, 184 773 Personen, die Zahl der Streiktage beziffert sich auf 3 785 000. Die meisten Streiks kamen, wie immer, in der Bergbau-Industrie vor, und auf diese fielen 29,4 Prozent der Streiktage. Von der gesamten Arbeiterbevölkerung — Landarbeiter und Seeleute ausgeschlossen — waren 2,4 Prozent an den Streiks beteiligt, von den Kohlengräbern aber 8,8 Prozent. Die aufwärts steigende Lohnbewegung, die 1895 begann, hielt auch bis gegen Schluß des Jahres 1900 an. Dann aber kamen einige Lohnreduktionen vor, unter anderen bei den Erdarbeitern im westlichen Schottland. Die Berechnung ergibt, daß die Löhne um wöchentlich 203 240,60 Pfund Sterling gestiegen sind, was fast ausschließlich den Kohlengräbern und Eisenarbeitern zu Gute gekommen ist. Einer großen Anzahl Arbeiter wurde auch die Arbeitszeit bei gleichbleibendem oder erhöhtem Lohne verkürzt. Die Statistik wirft aber auch Licht auf die Zahl der beschäftigten und unbeschäftigten Arbeiter in den einzelnen Industrien. So ergibt sie, daß Ende 1900 4 Prozent der gesamten Arbeiterschaft unbeschäftigt war, gegen 2,5 Prozent im Vorjahr. Die größte Zahl der Arbeitslosen stellt die Eisenindustrie. So waren im Dezember 1900 nur 326 Hochöfen im Betriebe, gegen 379 im Dezember 1899, und nur 324 Walzwerke gegen 410. Daher kommt es auch, daß von den gesamten Eisenarbeitern 8,6 Prozent ohne Beschäftigung sind.

Ein Liebknecht-Denkmal beabsichtigen die Berliner Parteigenossen, vielfachen Anregungen folgend, auf der Grabstätte des unvergesslichen Toten in Friedrichsfelde zu errichten. Ein selbstverständlich von Künstlerhand ausgeführtes Monument soll Kind und Kindeskindern Zeugnis geben davon, daß in allen Ländern, wo Proletarierherzen schlagen, der Name Liebknecht in hohen Ehren steht, daß das Andenken des einzigen Mannes auch übers Grab hinaus die Gefühle der Dankbarkeit und der Verehrung zu wecken weiß.

Uns Waid und Fern.

Kleine Chronik. Gerädert wurde in dem Eichenhüttenwerk Wilhelmshütte in Cuxa bei Sprottau der Arbeiter Vertrag durch eine Transaktion, die ihn herumschleuderte und in das Räuberwerk brachte. — Kürzlich erlängte sich in Maschhomen (Dipreußen) die 14-jährige Tochter des Schneiders Krucjanna, und zwar vermutlich deswegen, weil ihr die Mutter kein Barett kaufen wollte. Auch ein Grund zum Selbstmord! — Die Anklage gegen den Kommisar Thiel in Berlin ist dem Beschuldigten jetzt zugestellt worden; sie lautet auf Verletzung im Amte und Verleitung zum Meineide. Die ganze Affäre dürfte sich vor Gericht zu einer wenig umfangreichen Verhandlung gestalten und in wenigen Stunden erledigt sein, da nur fünf Zeugen geladen sind. Hierbei möge erwähnt sein, daß Kommisar Thiel in der gegen den Justizrat Dr. Sello schwelenden Untersuchungssache wegen Begünstigung als Zeuge neuerdings vereidigt worden ist. — Welchen Gefahren manchmal unsere Postbeamten ausgesetzt sind, beweist folgendes Beispiels. In einem Dienstwagen der Fahrpost eines Tages der Rinte München-Frankfurt kam dieser Tage in der Nähe von Würzburg eine Giftschlange aus einem Postkoffer aus, das in Florenz ausgegeben und nach einer Rheinstation bestimmt war. Die Postbeamten, die das Entkommen des Reptils bemerkt, beschleunigten von München aus nach Frankfurt an die dortige Postbehörde und es gelang nach Entsetzen des Zuges in Frankfurt einigen Bediensteten des zoologischen Gartens, die von der Post telefonisch gerufen worden waren, der Giftschlange allerdings mit Mühe habhaft zu werden. — In der kleinen, im Vorsthal Rannow (Pommern) gelegenen Gemeinde Wylers hat die letzte Volkszählung in der Schweiz merkwürdige Zustände zu Tage gefördert; es zeigte sich nämlich, daß die ganze Bevölkerung der Gemeinde ortsbewandert war. Das erklärt sich folgender-

maßen: Wylers ist jene unglückliche Ortschaft, die am 11. Juni v. J. durch eine Feuersbrunst völlig zerstört wurde; seit jener Katastrophe ist nun das ehemals so schmucke Dorflein Wylers in einen Trümmerhaufen verwandelt; die 50 Familien des Ortes fanden in den Nachbardörfern Kappel, Nied-Blatten und Ferden gastliche Aufnahme. Die politische Gemeinde Wylers hat aber keineswegs aufgehört zu existieren. Der Gemeinderath von Wylers hält seine Sitzungen abwechselnd in einer der drei genannten Ortschaften ab und berät über den Wiederaufbau des verbrannten Heimatortes, mit dem nun endlich begonnen werden soll. — Der Bürgermeister der Stadt Castellvetrano auf Sizilien wurde, weil er die Konsumzölle abgeschafft hatte, von zwei entlassenen Zollwächtern auf offener Straße erschossen. Der Bürgermeister war ein Bruder des bekannten Abgeordneten Saparito. — Der Mörder Raja Maritsch, der in Barowo eine ganze Familie erschlug und aus dem Semliner Gefängnis nach der Ermordung des Kerkermeisters und seiner Familie entsprang, wurde auf dem Bahnhof in E. Igra d verhaftet. — In der Steinkohlengrube „Zeleniwat“ bei Drel (Rußland) entstand, wie dem „N. J.“ gemeldet wird, auf unaufgeklärte Weise ein furchtbarer Brand, der erst nach 4 Tagen bewältigt werden konnte. Von den in der Grube beschäftigten 120 Bergleuten sind 23 verbrannt. — Die Pest im russischen Gouvernement Astrachan hat sich weiter verbreitet und bedroht bereits das benachbarte Saratow. In Astrachan erkrankten 60 Personen an der Pest, wovon 40 starben. Die furchtbare Krankheit hat sich die Wolga entlang hinaufgezogen und ist jetzt vis-a-vis von Saratow in einem Dorfe ausgebrochen. Der Prinz von Oldenburg ist mit einem ganzen Stab von Ärzten dorthin abgereist; alle Mittel werden ergriffen, die Krankheit zu lokalisieren, wie es scheint mit Erfolg. Doch befürchtet man nach Aufgang der Wolga im Frühjahr ein Wiederauftreten und Ausbreiten der Epidemie. Daher wird jetzt schon mit größter Energie dagegen gearbeitet; täglich fast begeben sich Ärzte aus der Residenz dorthin, um den Gang der Krankheit zu konstatieren und zu verfolgen.

Chronik der Majestätsbeleidigung-Prozesse. Vor der Bochumer Strafkammer wurde ein Kriegsinvalid wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. — Wegen Beleidigung des Kaisers, Mißbrauch der Dienstgewalt, groben Unfugs und mutwilligen Reitens in bestellte Felder wurde nach dem „Frank. Cour.“ am Montag vom Kriegsgericht in Bamberg der Mann Dejele vom 1. Infanterie-Regiment zu anderthalb Jahren Gefängnis und 49 Tagen Haft, der Mann Stoddy wegen derselben Vergehen mit Ausnahme Kaiserbeleidigung zu dreieinhalb Monaten Gefängnis und 49 Tagen Haft verurteilt.

Von einem Stück moderner Arbeitsflaverei berichtet das „Harburger Volksblatt“ aus Harburg: „Im Hinterhause der Schmidstraße wohnt eine aus Neuß in Ungarn stammende Arbeiterfamilie. Sie besteht aus Mann, Frau und zwei kleinen Kindern, eins im Alter von sechs, das andere von drei Jahren. Aber wie wohnt die Familie! Als wir das Heim der Armen betraten, packte uns der Nieschmerz ganserammer! In der Mitte des Raumes — es war die Küche — lag am Boden ein Haufen Stroh, bedeckt mit einem Stück Sacklein. Und auf dem Strohlager kauerten zwei unehuldige Kindlein, nur spärlich bekleidet. Im Nebenraum hing an der Wand eine alte Jacke. Am Boden lagen einige wenige Nahrungsmittel. In einem weiteren Raume waren einige armdiege Wäschestücke zum Trocknen aufgehängt. Wer waren diese Leute? Unter sprechender Gewährung überlegte uns, was der ungarische Arbeiter erzählte. Der Mann erklärte, er und seine Familie seien von einem Agenten der Gutefabrik zur Arbeit angenommen und hierher befördert worden. Ihm sei versprochen worden, er solle in der Schlichterei oder Appretur Beschäftigung finden. Hier angekommen, habe man ihn jedoch in die Webererei eingestellt. Da er hier von nichts verstand, sei ihm gesagt worden, er könne gehen, man brauche nur seine Frau, ihn nicht. Die Frau indes arbeite nur Zeit noch in der Fabrik, — ihren Verdienst konnten wir jedoch nicht in Erfahrung bringen. In der geschichteten „Wohnung“ haust die Familie schon seit fast vierzehn Tagen! In den ersten Tagen habe sie nichts zu essen und war gänzlich mittellos! Sie war auf die Mildethätigkeit der Nachbarsleute angewiesen. Ihr Lager bestand zunächst nur aus Hobelspanen. Die Leute waren so arm, daß sie nicht einmal ein Hackfleisch bezogen. Die Nachbarn versorgten sie mit

Reibungsstücken und brachten den Kindern warme Suppe. Endlich erhielt die Frau 20 Mk. Vorschuß. Sie kaufte für einen Tisch und Holzstuhl dafür. Der Tisch ist den Leuten mit 12 Mk., jeder Stuhl mit 3 Mk. berechnet worden. Damit waren 18 Mk. verbraucht; auch die restlichen 2 Mk. gingen bald dahin. Nun wurde ein weiterer Vorschuß in Höhe von 6 Mk. genommen. Hierfür kauften sie sich das notwendige Geschirr und — Stroh zum Lager nebst einer wollenen Decke. Feuerung und sonstiges erhält die Familie bei einem in der Nähe wohnenden Krämer auf Kredit. So haben die Leute bereits 26 Mk. Vorschuß, Schulden beim Krämer, und müssen außerdem die Miete bezahlen. Durch den Vorschuß sind sie der Gutefabrik gegenüber gebunden. So das Harburger Blatt. Eines Kommentars bedarf die grauervolle Schilderung nicht. Leider bieten die Gesetze in dem Lande mit der besten Sozialreform keine Möglichkeiten zur Verhinderung solcher Zustände.

Ein freisinniger Wiederkehrer. Wir theilten seine Zeit nach einer „Vorwärts“-Meldung mit, daß vom Verlaß unteres Straßburger Partei-Organs, der „Freien Presse“ für Elsaß-Lothringen“, gegen den Verleger und Eigentümer der dortigen freisinnigen „Bürgerzeitung“ Herrn Oskar Riedel, eine Schadensersatzklage auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb anhängig gemacht worden war, weil Riedel an zahlreiche Inserenten der „Freien Presse“ ohne Angabe des Absenders Exemplare dieses Blattes per Post geschickt hatte, auf denen neben den betreffenden Inseraten allerhand erlogene handschriftliche Bemerkungen über den angeblich niedrigen Abonnentenstand, die schlechte finanzielle Lage u. unseres Partei-Organs enthalten waren. Riedel ist nunmehr nach längerer Dauer des Prozesses, während dessen er zu allerhand saueren Anstücken zu greifen suchte, zu einer Schadensersatzleistung an die „Freie Presse“ von 500 Mark und zu den Kosten der Publikation des verurteilenden Erkenntnisses in einer Reihe von Straßburger und Mühlhauser Blättern verurteilt worden.

Die sibirische Bahn. Ueber die Befehrsichtigkeit dieser Bahn meldet ein Berliner Blatt, dem wir die Verantwortung dafür überlassen: Auf der großen sibirischen Eisenbahn kommen Rutschungen und Zusammenstöße fast täglich vor. Im Jahre 1900 ereigneten sich 78 Zusammenstöße und 198 Rutschungen, durch welche 183 Mann getötet und 627 verwundet wurden; 144 Lokomotiven wurden unbrauchbar und 300 Wagen zerbrochen.

Literarisches.

Die Vertreter in der Arbeiterversicherung und deren Aufgaben. Zusammengefaßt im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands von E. H. Suß in Chemnitz. 72 Seiten 8°. Preis 50 Pfg. (Mitglieder der Gewerkschaften können die Schrift zum Preise von 20 Pfg. durch ihre Organisation beziehen. Die Schrift soll die Arbeiterschaft über die Organisation der Arbeiterversicherung und die Wahlen der Vertreter der Versicherten unterrichten und Veranlassung zu einer regeren Beteiligung an diesen Wahlen geben, als sie sich bisher gezeigt hat. Der Inhalt des Büchelchens enthält folgende Abschnitte: I. Arbeiterversicherung und Gewerkschaften. II. Die Organisation. III. Die Vertreter im Allgemeinen. IV. Die Wahlen, Rechte und Pflichten der Vertreter. A. Krankenversicherung: 1. Ortskrankenkassen; 2. Betriebskrankenkassen; 3. Baukrankenkassen; 4. Innungs-krankenkassen; 5. Knappschaftskassen; 6. Eingeschriebene Hilfskassen. B. Invalidenversicherung: 1. Weibler bei der unteren Verwaltungsbehörde oder Rentenstelle; 2. Ausschuß; 3. Vorstand. C. Unfallversicherung: Berathung und Beschlußfassung über Unfallverhütungsvorschriften. D. Schiedsgerichte: 1. für Invalidenversicherung; 2. für Arbeiterversicherung. E. Reichs-Versicherungsamt: a) Ständige Mitglieder; b) Nichtständige Mitglieder und deren Wahl; c) Mitwirkung der nichtständigen Vertreter. F. Landes-Versicherungsämter. V. Die Aufgaben der Arbeitervertreter für die Zukunft. I. Anhang: 1. Zusammensetzung der Wahlberechtigten. II. Wohlordnung. III. Verordnung über den Geschäftsgang und das Verfahren des Reichs-Versicherungsamts. IV. Verordnung über das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. Wahlformulare (Stimmzettel).

Hager so beileugnet, daß die Hauptverhandlung schon nach kurzer Zeit stattfinden konnte.

Der Fall hatte nicht nur bei den Gerichtsbeamten aller Grade, sondern auch bei dem Publikum, namentlich den Bewohnern von Weinsheim, allgemeines Interesse erregt, denn die Ergebnisse der Untersuchungen waren durch Kaiserlicher Richter, der in jeder Weise befreit war. Hager vor der Welt glänzend zu rehabilitieren, in den wichtigsten Punkten rief in die Öffentlichkeit gedrungen und hatten eine gänzliche Schwächung des Vorurtheils gegen den jungen Mann herbeigeführt.

Jeder wollte der Verhandlung gegen ihn beiwohnen und so füllte sich am Tage der öffentlichen Gerichtsverhandlung schon in aller Frühe der Sitzungssaal mit Menschen aller Stände; von Weinsheim waren die Leute in Scharen herbeigekommen, so daß sich der ziemlich geräumige Sitzungssaal fast als zu klein erwies, als die Zuhörer zu fassen. Die Freunde und Parteigenossen indes waren, soweit sie nicht die Sorge um das tägliche Brod in das Arbeitsloch warfen, gleichfalls erschienen und in ihr halbblondes Gesicht wirkte sich fortwährend die zwerghafte Hoffnung, daß ein tüchtiger Abgang des gesandten Lebens ihres Kameraden dem Ende nahe werde.

Die Verhandlung konnte jeden Augenblick beginnen. In der Nähe des Richtertisches standen einige Räte. Auch sie sprachen über den vorliegenden Fall und aus ihren Mienen konnte das Publikum entnehmen, daß auch sie dem Angeklagten mit aller Wohlwollenheit Interesse entgegenbrachten. Am trat Kaiserlicher Richter, der es sich nicht nehmen ließ, in der Hauptverhandlung die Anklagebehörde zu vertreten, zu ihnen und erläuterte verschiedene Einzelheiten des Falles, die er ihnen mit eindringlichen Worten einer besonderen Beachtung und Berücksichtigung empfahl.

Die Glocke des Präsidenten erklang, die Richter nahmen

ihre Plätze ein und der Angeklagte wurde herbeigeführt. Die anwesenden Weinsheimer konnten ihre unangenehme Ueberraschung schwer verbergen, als sie die gebeugte Gestalt des einst so kräftigen lebensfrischen Mannes erblickten. Aber in seinen dunklen Augen, die festsam abstachen von dem bleichen Gesicht, lagte eine eiserne Entschlossenheit und Furchtlosigkeit, ein edles Stolzgefühl auf, als er den Saal betrat, seine Richter erblickte und dann die zahlreiche Zuhörerschaft überhaupte. Seine Freunde nickten ihm mutig und trübendend zu, als sein Auge auf ihnen ruhte. Hoch erhabenen Hauptes und mit festen Schritten nahm er den Platz des Angeklagten ein.

Die Anklagebehörde, die sich durchweg im Rahmen einer milden, wohlwollenden Auffassung bewegte, war bald verlesen und der Präsident forderte Anton auf, zu dem inkriminierten Sachverhalt sich zu äußern.

Da erhob sich der Angeklagte und sein dunkles Auge sah fest und voll in das keines Richters.

„Ich kann nur das wiederholen, was ich in der Untersuchung der Wahrheit gemäß gestanden habe, daß ich den Fremden mit dem Spaten auf den Kopf geschlagen — nicht mit wohlüberlegter Absicht — denn ich wollte ihn weder verletzen noch tödten. Meiner Stärke nicht mehr mächtig, in unbewogener Aufwallung meiner Empörung über die ungerechte Behandlung, die ich von meinen Mitmenschen erdulden mußte, geschah die That, die mich tief ansetzte, als ich sie vollbrachte. — Es sei mir gestattet, zu erzählen, wie ich dazu gekommen bin, heute vor den Schranken des Gerichts stehen zu müssen.“

Der Präsident nickte zustimmend sein Haupt, in der Berathung trat eine Stille ein, daß man eine Nadel hätte fallen hören können und der Angeklagte begann.

„Im Unglück und Glend verlorst man seine Tage zu zählen — ich kann nicht mehr bestimmt sagen, welcher

Monat, welcher Tag es war, da ich dem Fremden zum ersten Mal begegnet bin, um dessen Tod ich heute verurteilt werden soll. Die wenigen Jahre dünken mir eine grausame Ewigkeit.“

„Hätten meine Augen den Menschen niemals gesehen, hätte ich ihn niemals gesprochen, es wäre mir wenigstens die herbste Lebenserfahrung erspart geblieben.“

„In meiner frühesten Jugend war ich ein frischer, frohsicher, übermüthiger Bursche, den das ganze Leben anlachte, bis das Unglück über meine Eltern kam, von gewissenlosen Betrugern und Wucherern herbeigeführt, und das bittere Glend der Armuth auch für mich begann, das mir das Dasein bis auf den heutigen Tag zur qualvollen Hölle gemacht.“

„Im Glend erzogen worden, von den Menschen, deren Lebensaufgabe nur in der Unterdrückung anderer zu bestehen scheint, geknechtet, gedemüthigt, verfolgt, verhöhnt und verspottet, lernte ich das jammervolle Leben der Armuth in seiner krassesten Form kennen, und ich muß mich wundern, wie es mir möglich gewesen, unter all den hundertfältigen Bedrängnissen mir so lange noch ein reines Gewissen zu bewahren.“

„Ich war arbeitslos, als ich mit dem Fremden zusammentraf. Ich kehrte gerade von der Arbeitsuche zurück, als ich ihm unweit meines Heimatdorfes auf der Landstraße begegnete. Er fragte mich, nachdem er mich eine Weile scharf ins Auge gefaßt hatte, ob ich ein gutes Frackgeld verdienen wolle, er verlange nur eine geringe Dienstleistung.“

„Ich bemerkte jetzt, daß er einen dicken Gurt umgeschliffen hatte, der ihm wohl etwas schwer werden mochte.“

(Fortsetzung folgt.)